

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldstr. 24
 Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
 Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
**Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Mutterbetriebe sein**

Erscheint wöchentlich Freitags
 Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
 2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt:

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906. II. — Unsere internationale Tagung. II. — Wie eine arbeiterfreundliche Maßnahme des Breslauer Magistrats durch eine Betriebsverwaltung in ihr Gegenteil verwandelt wird. — Die neue Gemeindeordnung der Stadt Zürich. — Geschäftsbericht der Einzelmitgliederschaft Dresden für das 2. Quartal 1907. — Brief aus Hannover. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

II.

Die Finanzen der Gewerkschaften haben im Jahre 1906 eine noch weit günstigere Entwicklung aufzuweisen, wie in den Vorjahren. Im Jahre 1904 betrug die Gesamteinnahme der Zentralverbände 20 190 630 Mk., 1905 27 812 257 Mk. und 1906 41 602 939 Mk. Von 1904 zu 1905 steigerte sich die Einnahme um 37,7 Proz., von 1905 zu 1906 aber um 49,5 Proz. Diese Erhöhung der Einnahme ist aber nicht nur infolge der Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern die Leistungen pro Kopf der Mitglieder sind ganz enorm in den letzten Jahren gewachsen. Auf die gesamten Mitglieder der Verbände berechnet, betrug die Einnahme pro Kopf im Jahre 1901 6,68 Mk., 1905 11,53 Mk., 1906 13,89 Mk., 1904 19,19 Mk., 1905 20,68 Mk. und 1906 24,62 Mk. In den einzelnen Organisationen ist die Einnahme pro Kopf der Mitglieder wesentlich verschieden. Sie beträgt von 5,11 Mk. bei den Wäscharbeitern bis zu 84,11 Mk. bei den Lithographen. Es hatten 1906 pro Kopf der Mitglieder an Jahreseinnahme:

Lithographen 84,11, Notenscheider 58,61, Buchdrucker 56,64, Buchdrucker Elfaß Volbringens 48,00, Formstecher 46,07, Bildhauer 41,57, Gasenarbeiter 33,26, Metallarbeiter 32,87, Buchbinder 31,43, Stufkatenteur 30,98, Holzarbeiter 30,91, Lederarbeiter 30,59, Zigarrenfortierer 30,04, Zimmerer 27,78, Glaser 27,77, Schmied 26,10, Porzellanarbeiter 25,90, Tapezierer 25,49, Kupferschmiede 25,06, Müller 25,05, Töpfer 24,98, Sandstrichmacher 24,94, Maler 24,63, Böttcher 24,62, Kolographen 24,56, Graveure 22,86, Tabakarbeiter 22,12, Bauhilfsarbeiter 22,02, Steinseher 21,74, Maurer 20,84, Schiffszimmerer 20,82, Seeleute 20,61, Mürschner 20,10, Brauereiarbeiter 20,33, Barbieren 20,25, Gärtnersgehilfen 20,19, Wäcker 20,14, Steinarbeiter 20,12, Glasarbeiter 19,98, Schmiede 19,71, Sattler 19,34, Handels- und Transportarbeiter 19,31, Schuhmacher 18,71, Photographen 18,39, Buchdruckerhilfsarbeiter 18,11, Konditoren 17,87, Fortleser 17,36, Gärtner 16,97, Dachdecker 16,56, Bergarbeiter 15,87, Fabrikarbeiter 15,18, Vergolder 15,25, Zivilmüller 14,99, Gemeindegeldarbeiter 14,11, Soldebiener 13,39, Lagerhalter 13,32, Schneider 12,61, Asphaltenteur 12,40, Maschinenisten 11,75, Fleischer 11,68, Fertilarbeiter 11,42, Blumenarbeiter 11,39, Handlungsgehilfen 10,06, Bureauangestellte 9,61, Schirmmacher 5,45, Wäscharbeiter 5,11.

Von der Gesamteinnahme des Jahres 1906 im Betrage von 41 602 939 Mk. entfallen auf den Verband der Metallarbeiter 10 213 188 Mk., Holzarbeiter 4 526 912 Mk., Maurer 3 825 598 Mk.,

Buchdrucker 2 671 246 Mk., Fabrikarbeiter 1 791 311 Mk., Bergarbeiter 1 670 640 Mk., Bauhilfsarbeiter 1 555 968 Mk., Zimmerer 1 403 983 Mk., Lithographen 1 322 448 Mk., Handels- und Transportarbeiter 1 263 527 Mk., Textilarbeiter 1 153 809 Mk., Maler 902 034 Mk., Gasenarbeiter 697 432 Mk., Buchbinder 639 195 Mk., Tabakarbeiter 627 895 Mk., Schuhmacher 619 850 Mk., Brauereiarbeiter 548 388 Mk., Schneider 435 224 Mk., Steinarbeiter 370 336 Mk., Schmiede 355 672 Mk., Porzellanarbeiter 333 852 Mk., Gemeindegeldarbeiter 320 252 Mk., Töpfer 292 302 Mk., Glasarbeiter 254 574 Mk., Stufkatenteur 253 341 Mk., Wäcker 253 116 Mk. Es hatten ferner eine Jahreseinnahme von 200 bis 250 000 Mk. vier Verbände, von 150 bis 200 000 Mk. 4 Verbände, von 100 bis 150 000 Mk. 5 Verbände, von 50 bis 100 000 Mk. 9 Verbände, von 30 bis 50 000 Mk. 6 Verbände, von 20 bis 30 000 Mk. 5 Verbände, von 10 bis 20 000 Mk. 4 Verbände und unter 10 000 Mk. 8 Verbände.

Für das Jahr 1906 ist in den Verbänden, die wiederholt von Aussperrungen betroffen wurden, die Erhebung von Extrabeiträgen notwendig geworden, deren Ertrag größtenteils in der Jahreseinnahme mit enthalten ist. Die Berechnung der Jahreseinnahme pro Kopf der Mitglieder, wie sie vorstehend gegeben, weist deshalb nicht den Betrag aus, der in den einzelnen Organisationen gemäß den Statutenbestimmungen zu zahlen ist. Bei den Organisationen, die einen großen Zuwachs an Mitgliedern hatten, wird die tatsächliche Jahresbeitragsleistung geringer sein, als die statutenmäßige Leistung, weil ein Teil der Neuzutretenden nicht für das ganze Jahr Beiträge gezahlt hat. Bei den Organisationen, deren Mitgliederbestand sich nicht wesentlich erhöhte, die aber infolge der großen Kämpfe Extrabeiträge erheben mußten, ist die Summe des geleisteten Jahresbeitrages naturgemäß höher, als sie nach dem Statut sein sollte.

Im Jahre 1906 erhoben an Wochenbeitrag von den Verbänden 15–20 Pf. 1 = 1,5 Proz. der gesamten Organisationen, 21–30 Pf. 10 = 15,2 Proz., 31–40 Pf. 20 = 30,3 Proz., 41–50 Pf. 25 = 37,9 Proz. und über 50 Pf. 10 = 15,2 Proz. der Verbände. Es haben die Gewerkschaften, die in den letzten Jahren von Aussperrungen betroffen wurden, verausgaben müssen:

Jahr	Mk.	pro Kopf der Mitglieder Mk.	pro Kopf der Aussperrten Mk.
1903	1 059 796	3,14	42,82
1904	1 870 647	2,49	59,57
1905	4 193 250	3,91	29,11
1906	5 815 682	3,77	59,46

Die Aussperrungstaktik der Unternehmer allein zwingt schon die Gewerkschaftsmitglieder zu höheren Leistungen, abgesehen davon, daß die Unterstützungsanstalten der Organisationen von Jahr zu Jahr verbessert werden und höhere Aufwendungen erfordern. Die Arbeiter haben diese Opfer gebracht und sie werden sie, wenn nötig, noch erhöhen, denn sie wissen, daß hier Sparsamkeit ihnen gleichbedeutend wäre mit der Anbelagerung der Arbeiter und erhöhter Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Im Jahresausgabe hatten die Verbände im letzten Jahre 36 963 113 Mk. Im Jahre 1905 betrug die Ausgabe 25 021 234 Mk., 1904 17 738 756 Mk. und im Jahre 1891 1 606 534 Mk. Pro Kopf der Mitglieder aller Verbände berechnet betragen die Jahresausgaben 1891 9,62 Mk., 1895 9,86 Mk., 1900 11,89 Mk., 1904 16,96 Mk., 1905 18,61 Mk. und 1906 21,98 Mk.

Es verausgabten im Jahre 1906 für:

Verbandsorgan	Organisationen	Mark
Agitation	66	1 594 009
Streiks im Beruf	65	1 820 753
Streiks in anderen Berufen	57	13 366 933
Rechtsschutz	56	381 479
Gemahregelnenunterstützung	46	342 339
Reiseunterstützung	46	795 209
Arbeitslosenunterstützung	43	758 222
Krankenunterstützung	43	2 653 286
Invalidenunterstützung	9	3 281 741
Beihilfe in Sterbefällen	44	351 181
Beihilfe in Notfällen	45	416 177
Umzugslosten	42	514 308
Stellvermittlung	18	250 737
Bibliotheken	34	26 559
Sonstige Zwecke	50	265 203
Konferenzen und Generalversammlungen	48	3 278 041
Beitrag an die Generalkommission	59	283 772
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21	220 754
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	40	21 417
Prozesskosten	14	420 709
Gehälter	66	26 516
Verwaltungsmaterial	66	548 648
		708 375

Die Ausgabe für Streiks und Aussperrungen steht, wie nach dem Verhalten des Unternehmertums in Deutschland nicht anders zu erwarten, an erster Stelle. Aber auch die Unterstüngen an Arbeitslose und Kranke sind ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Wie sich diese Ausgaben im Laufe der Jahre erhöht haben, zeigt die folgende Aufstellung. Es verausgabten die Gewerkschaften für

	1891	1895	1900	1905	1906
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
Streiks- u. Aussperrungen	1 087 789	253 580	2 625 642	9 674 004	13 748 412
Arbeitslosenunterstützung	64 200	196 912	501 078	1 991 924	2 653 296
Krankenunterstützung	—	454 114	656 026	1 920 630	3 281 741

In den 16 Jahren von 1891 bis 1906 wurden verausgabt für Rechtsschutz 1 471 246 RM., Gemahregelnenunterstützung 3 113 120 RM., Reiseunterstützung 7 214 111 RM., Arbeitslosenunterstützung 13 009 557 RM., Krankenunterstützung 12 009 107 RM., Invalidenunterstützung 1 746 196 RM., Beihilfe in Not- und Sterbefällen 4 035 079 RM., zusammen 43 588 416 RM. für das Verbandsorgan 10 182 357 RM., zusammen für Unterstüngen und das Verbandsorgan 54 070 773 RM.; für Streiks und Aussperrungen 46 488 655 RM. Trotz der in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Steigerung bleibt die Ausgabe für die wirtschaftlichen Kämpfe in dem genannten Zeitraum doch noch um 7 202 118 RM., hinter der für Unterstüngen und Bildungsmittel zurück, ein Beweis für das wohlthätige Wirken der Gewerkschaften und ihre Bedeutung als Bildungsanstalten.

An Massenverband hatten die Verbände am Schluß des Jahres 1906 die Summe von 25 312 634 RM. Das sind pro Kopf der Mitglieder berechnet 11,98 RM. Im Jahre 1891 betrug der Massenbestand pro Kopf der Mitglieder 2,56 RM., 1895 6,96 RM., 1900 11,38 RM. und 1905 14,60 RM. Trotz der Steigerung der Ausgaben im allgemeinen und der gewaltigen Ausgaben für die Streiks und Aussperrungen vermochten die Gewerkschaften ihren Widerstandsfonds noch zu erhöhen. Der Vermögensbestand ist in den Gewerkschaften außerst verschieden. Von den 25 312 634 RM. Bestand entfallen auf den Verband der Buchdrucker 5 682 986 RM., der Metallarbeiter 3 561 172 RM., der Maurer 3 441 416 RM., der Holzarbeiter 2 334 798 RM., der Zimmerer 1 322 303 RM. und der Bergarbeiter 1 252 645 RM. Alle anderen Organisationen haben je einen Bestand von weniger als 1 000 000 RM.

Auf den Kopf der Mitglieder berechnet hatten am Schluß des Jahres 1906 Massenbestand in Mark: Rotensticker 195,04, Buchdrucker (Elsäß), Zerklingens 151,26, Buchdrucker 120,50, Holzarbeiter 68,04, Schmiede 42,91, Putzmacher 11,18, Lithographen 30,08, Portefeuller 28,88, Handschuhmacher 26,77, Zimmerer 26,16, Bildhauer 24,06, Tapezierer 21,08, Kupfer- und Zinkarbeiter 23,07, Zigarrenfortierere 22,58, Sechste 22,35, Schiffszimmerer 22,03, Tapezierer 20,88, Steinbocker 19,71, Maurer 19,12, Steinarbeiter 18,88, Pagenhaller 18,56, Porzellanarbeiter 18,16, Töpfer 15,05, Holzarbeiter 15,94, Mauerarbeiter 15,56, Sattler 13,73, Stuhlreiter 12,98, Müchler 12,59, Photographen 12,16, Maler 11,97, Bauhilfsarbeiter 11,81, Zahnmacher 11,81, Bergarbeiter 11,80, Zivilmusiker 11,50, Buchdrucker (Elsäß) 11,26, Metallarbeiter 11,08, Frauereiarbeiter 10,51, Hotelbedienter 10,36, Müller 10,24, Tachometer 9,97, Gastwirtschulen 9,57, Bäcker 9,43, Bureauangestellte 9,27, Asphaltreiter 7,92, Handels- und Transportarbeiter 7,78, Böttcher 6,88, Lederarbeiter 6,81, Konditoren 6,65, Graveure 6,19, Gemeindegewerkschaften 5,79, Barbier 5,66, Glaser 5,52, Buchbinder 5,43, Gärtner 5,01, Fabrikarbeiter 4,98, Schneider 4,98,

Schirmmacher 4,23, Schmiede 4,19, Fleischer 4,05, Hafenarbeiter 3,78, Radfahrer 3,34, Glasarbeiter 2,81, Bäckarbeiter 2,66, Tabakarbeiter 2,65, Textilarbeiter 1,80, Handlungsgehilfen 1,59.

Daß diese Beträge sehr wechseln und die Reihenfolge der Organisationen sich in den einzelnen Jahren arg verändert, ist bei früheren Veröffentlichungen betont worden. Der Massenbestand bei den einzelnen Organisationen am Schluß des Jahres läßt nicht in allen Fällen einen Schluß auf die finanzielle Leistungsfähigkeit zu, weil oft durch große Kosten verursachte Kämpfe der Bestand sich plötzlich verringern kann, aber in kurzer Zeit wieder auf die alte Höhe gebracht oder darüber hinaus erhöht wird.

Begüglich der Unterstützungsanstaltungen der Verbände ist zu berichten, daß 1906 (resp. 1905 und 1904) zahlten: Reiseunterstützung 49 (49, 46) Verbände; Arbeitslosenunterstützung 43 (41, 38), Krankenunterstützung 44 (40, 31) Verbände; Invalidenunterstützung 7 (6, 5) Verbände; Unterstüngen in Sterbefällen 47 (43, 39) Verbände.

Es hatten Arbeitslosenunterstützung resp. führten ein: 1890: Buchdrucker, Glasarbeiter, Glaser, Handschuhmacher, Putzmacher, Kupfer- und Zinkarbeiter, Zigarrenfortierere, zusammen 8 Verbände. 1891 (nebst den vorgenannten): Bildhauer, Frauereiarbeiter, zusammen 10 Verbände. 1892: Porzellanarbeiter, zusammen 11 Verbände. 1894: Buchbinder, zusammen 12 Verbände. 1897: Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Konditoren, zusammen 15 Verbände. 1898: Buchdrucker, Handlungsgehilfen, Schmiede, zusammen 18 Verbände. 1899: Lithographen, zusammen 19 Verbände. 1900: Metallarbeiter, zusammen 20 Verbände. 1901: Formstecher, Müller, zusammen 22 Verbände. 1902: Bäcker, Buchdrucker (Elsäß), Maschinisten, Rotensticker, zusammen 26 Verbände. 1903: Böttcher, Bureauangestellte, Schuhmacher, zusammen 29 Verbände. 1904: Barbier, Bergarbeiter, Gärtner, Holzarbeiter, Sattler, Tabakarbeiter, Tapezierer, Vergolder, zusammen 37 Verbände. 1905: Fabrikarbeiter, Portefeuller, Schiffszimmerer, Zimmerer, zusammen 41 Verbände. 1906: Photographen, Holzarbeiter, zusammen 43 Verbände. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 geht die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur langsam vor sich. In den Jahren 1893, 1895, 1896 wird in keiner Organisation dieser Unterstützungsart eingeführt. Erst vom Jahre 1901 ab kommen die Verbände in größerer Zahl dazu, die Arbeitslosenunterstützung, als wichtigstes gewerkschaftliches Kampfmittel, zur Durchführung zu bringen, und es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß sie, nachdem sie sich auch bei einer Organisation des Rangverbandes, dem Verbands der Zimmerer, bewährt hat, in absehbarer Zeit in allen Verbänden eingeführt sein wird.

Die 43 Verbände, welche 1906 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hatten zusammen 1 138 738 Mitglieder. Verausgabt wurden insgesamt an Arbeitslosenunterstützung 2 653 296 RM. oder pro Kopf der Mitglieder 2,33 RM., während 1905 pro Kopf dieser Verbände 2,30 RM. für diese Unterstüngen gezahlt wurden. Die niedrigste Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung hatten 1906 die Bergarbeiter mit 6 RM. pro Kopf der Mitglieder, die höchste mit 18,15 RM. die Rotensticker. Hinter diesen folgten mit 12,27 RM. die Holzarbeiter, mit 11,38 RM. die Bildhauer, mit 9,40 RM. die Buchdrucker, mit 7,22 RM. die Glaser, mit 7,21 RM. die Putzmacher, mit 6,03 RM. die Formstecher, mit 6,01 RM. die Graveure und mit 5,09 RM. die Lithographen. Bei allen anderen Organisationen blieb die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder unter 5,00 RM. Unter der Durchschnittsausgabe von 2,33 RM. pro Kopf der Mitglieder stehen die Verbände der Glasarbeiter, Handschuhmacher, Frauereiarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Konditoren, Buchdrucker, Handlungsgehilfen, Schmiede, Metallarbeiter, Müller, Maschinisten, Bureauangestellten, Zahnmacher, Barbier, Tabakarbeiter, Vergolder, Gärtner, Portefeuller, Schiffszimmerer und Zimmerer. In dem Zeitraum von 1892 bis 1906 waren die höchsten Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder berechnet im Jahre 1901. Es verausgabten in diesem Jahre pro Kopf der Mitglieder die Handschuhmacher 20,60 RM. (1906: 0,97 RM.), Bildhauer 19,72 RM. (1906: 11,63 RM.), Buchdrucker 16,59 RM. (1906: 9,40 RM.), Zigarrenfortierere 10,75 RM. (1906: 3,20 RM.), Kupfer- und Zinkarbeiter 7,11 RM. (1906: 3,63 RM.) und Porzellanarbeiter 6,83 RM. (1906: 2,41 RM.). Ist diese Ausgabe auch eine gewaltige Belastung der Gewerkschaftsmittel, so hat sie auf der anderen Seite doch wesentlich dazu beigetragen, der Organisation den Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu erhalten und hat damit eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert. Die gleiche Wirkung wie die Arbeitslosenunterstützung übt auch die Krankenunterstützung aus, die von allen Organisationen gezahlt wird, die mit einem öfteren Wechsel des Arbeitsortes der Mitglieder zu rechnen haben. Die Krankenunterstützung, die als Zuschuß zu dem Krankengeld, welches die Mitglieder aus der Krankenkasse erhalten, der sich nach den Gewerkschaftsbestimmungen angeschlossen müßen, gewährt wird, erweist sich dagegen mehr als eine humanitäre Einrichtung, die aber auch sehr geeignet ist, das Interesse der Mitglieder an der Organisation zu erhalten.

Ein eigenes Verbandsorgan hatten von den 66 Verbänden, die in der Statistik geführt sind, 64, während zwei Ver-

bände (Buchdrucker, Elfaß, und Formstecher) das Organ einer verwandten Berufsorganisation ihren Mitgliedern lieferten. Die 64 Gewerkschaftsblätter hatten insgesamt eine Auflage von 1920 250 Exemplaren gegen 1 550 450 Exemplaren im Jahre 1905 und 762 930 Exemplaren im Jahre 1900. Von den Blättern erscheinen: 1 wöchentlich dreimal, 30 wöchentlich einmal, 19 alle 14 Tage, 5 monatlich dreimal, 4 monatlich zweimal und 5 monatlich einmal.

Die Zentralverbände weisen im vorliegenden Jahre nicht nur in bezug auf den Mitgliederbestand und die Finanzen, sondern auch bezüglich der inneren Einrichtungen äußerst bedeutende Fortschritte auf. Die anderen Organisationsgruppen, Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, Christlichen Gewerkschaften und „Unabhängigen Vereine“ zeigen gleichfalls eine Vermehrung der Mitglieder und eine Steigerung der Einnahmen, während die lokalen Vereine und die unabhängigen christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben.

Für die lokalen Vereine fehlt es an genauen Angaben über den Stand der Organisation. Nach der Schätzung der Verbände der Zentralverbände waren 1906 Mitglieder lokaler Vereine vorhanden in folgenden Verufen: Rauher 3000, Zimmerer 3000, Handels- und Transportarbeiter 1600, Bauhilfsarbeiter 1500, Steinarbeiter 1000, Köpfer 700, Kürschner 500, Fabrikarbeiter 350, Gemeindegewerksarbeiter 315, Böttcher 300, Zivilmusiker 300, Textilarbeiter 200, Maler 150, Hotelbediener 110, Barbier 50, Stukkateure 40, Spezierer 30, zusammen 13 145 gegenüber 27 736 im Jahre 1905. Durch den Anschluß des Verbandes der Berliner Hausdiener an den Verband der Handels- und Transportarbeiter ist die Zahl der Mitglieder lokaler Vereine in diesem Verufe von 12 000 im Jahre 1905 auf 1600 im Jahre 1906 zurückgegangen. In der Metallindustrie waren für 1905 4200 Mitglieder angegeben, während für 1906 keine Angabe gemacht ist. Es läßt sich bei den unidieren und wechselnden Angaben bezüglich dieser Organisationen nicht sagen, ob, abgesehen von dem Verufe der Handels- und Transportarbeiter, tatsächlich ein Verlust von Mitgliedern in dieser Organisationsgruppe eingetreten ist. Auch über die Finanzen dieser Vereinigungen und über ihr gewerkschaftliches Wirken läßt sich nichts berichten. Sie kommen für die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands nicht mehr in Betracht, weil ihre Mitglieder fast ausnahmslos in Berlin und seinen Vororten wohnen. Hier sind die Zentralverbände zum Teil noch genötigt, diese Organisationen bei Lohnbewegungen zu berücksichtigen, weil das Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen höher stehen muß als der Streit um die Organisationsform. Im übrigen Deutschland hört man von den lokalen Vereinen, die angeblich die schärfere Form des Gewerkschaftslampfes anwenden, nichts. In der Statistik findet diese Organisationsgruppe nur Erwähnung, weil das Bestreben vorliegt, eine Uebersicht über alle Vereinigungen zu geben, die als gewerkschaftliche bezeichnet werden können.

Unsere internationale Tagung.

II.

Stuttgart, den 26. August 1907.

Die Verhandlungen über die „rechtlichen Grundlagen des Koalitions- und Streikrechts der Arbeiter öffentlicher Betriebe in den einzelnen Ländern und die praktische Durchführung von Lohnbewegungen“ werden nachmittags 3 Uhr fortgesetzt.

Schald-Runken: Wir sind uns alle darin einig, daß wir das Streikrecht brauchen, aber ob gesetzliche Beschränkungen in nächster Zeit für Deutschland nicht geplant werden, ist nach dem letzten Geheimentour doch fraglich. Leider stehen wir in Bayern vor der Tatsache, daß bayerische Staatsarbeiter selber Sturm laufen gegen das Streikrecht. Ich bin ferner der Meinung, es wäre ganz verfehlt, wenn die städtischen Arbeiter zu Beamten befördert würden und dadurch eventuell ihr Streikrecht einbüßten. Mit den Arbeiterschaften habe ich die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Der geeignete Zeitpunkt für unsere Forderungen wird durch die Ausschüsse verkannt und die notwendige Begeisterung zur Durchführung einer Bewegung geht dann verloren. Das Mittel der passiven Resistenz erscheint kaum anwendbar, denn dazu gehört eine gut durchgebildete Arbeiterschaft, und so weit sind wir Gemeindegewerksarbeiter noch nicht. Ich habe auch schon mit gutem Erfolge die Gewerkschaftsmarkte mobil gemacht. Dadurch ist der Eindruck in der Öffentlichkeit oftmals viel größer.

Schmidl-Ungarn: Der öffentliche Einfluß ist bei uns ganz illusorisch. Mit den bürgerlichen Parteien etwas zu erreichen, wäre das allerallerletzte. Da wird mit Vorkessungen usw. gearbeitet. Wände Magistrate sind Direktoren von privaten Gewerken usw. Wir sind also zu den allerträglichsten Mitteln gezwungen. An die Gulse der Sozialpolitiker ist bei uns nicht zu denken.

Lichten-Dresden: Ich will jetzt versuchen zu zeigen, welche Taktik die Behörden einschlagen. In vieler Beziehung ist wahrscheinlich Sachen und speziell Dresden bahnbrechend in einer Taktik, die vielleicht für das ganze Deutschland Nachahmung findet. Man sagt nämlich: Wir sind den Arbeitern nicht hinderlich in der

Organisation. Aber man versucht, die Arbeiter zu teilen in ständige und unständige, und als das nicht zog, in Arbeiterbeamte und andere städtische Arbeiter. Man hat mit diesem Moment zu den Leuten gesagt: Es ist zwar nicht verboten, Euch zu organisieren, aber Ihr habt nicht mehr das Recht zu streiken! Wir haben gegenwärtig bis zu 600 Arbeiterbeamte bekommen, nachdem man zuvor mit den Straßenbahnern begonnen hat. Nun kann der Beamte nicht gezwungen werden, in einem anderen Ressort zu arbeiten. Aber da hat man sich wiederum vorgegeben und ausdrücklich bestimmt, daß sie verpflichtet sind, wo anders zu arbeiten. Um diese ganze Sache unmöglich zu machen, waren wir nicht stark genug. Wir haben nun mit gutem Erfolge versucht, auch politische Aufklärung zu verbreiten, um größeren Einfluß bei den Gemeindevätern usw. zu erringen. Das machen auch die anderen Beamtenkategorien bereits. Durch die Beamtenauspöppelung und die Durchrechnung der Arbeiter in verschiedene Massen bleibt uns nichts anderes übrig, als besonders auch politisch aufklärend zu wirken. Es wird für uns in Dresden auch sehr schwer sein, in einen Streik einzutreten, deswegen müssen wir besonders die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchen. Wir haben nun den § 17 unserer Arbeitsordnung, der von der „Beschränkung“ der Organisierten oder Nichtorganisierten spricht. Von 8 Ausschüssen haben 7 einstimmig dagegen gestimmt. Trotzdem ist dieses Votum nicht berücksichtigt worden. Man benutzt also die Ausschüsse als Dekoration. Jetzt soll noch ein sozialer Ausschuß gebildet werden.

Jönsson-Schweden (übersetzt durch Sörensen) legt den derzeitigen Stand seiner Organisation dar. Die Kollegen sind im Arbeitsmännerverband vereinigt, der gute Erfolge erzielt hat. Das Koalitions- und Streikrecht wird voll anerkannt. Die Eisenbahnarbeiter sind jedoch gesondert organisiert.

Dittmer-Berlin: So einig wir uns sind über die unbedingte Notwendigkeit des Streikrechts, gehen doch die Meinungen über dessen Anwendbarkeit auseinander. Aber wenn wir aus den theoretischen Erwägungen zu unseren praktischen Erfahrungen übergehen, so stoßen sich hart im Raum die Dinge und wir sehen, daß wir nicht einmal das volle Koalitions- und Verhandlungsrecht errungen haben. Wie weit gehen denn unsere sonstigen Mittel zur Durchführung unserer Forderungen? Schon der laut Statut bedingte Instanzweg ist ein überaus langsamer. Dazu kommt, daß unser politischer Einfluß durch die Arbeitervertreter augenblicklich in Preußen Deutschland sich auf ein Drittel der Stadtverordneten beschränkt, infolge Hausbesitzer- und Steuerprivileg. Unsere Verhältnisse sind also wesentlich anders gelagert, als diejenigen der Schweiz. Aber auch von der beschränkten Beeinflussung der bürgerlichen Presse dürfte wenig zu erwarten sein, da gegebenenfalls der Magistratskommissar die erzielte Wirkung wieder aufheben kann. Die Arbeiterratschüsse können für uns nach all den üblen Erfahrungen nur taktisch bewertet werden von Fall zu Fall. Ob die passive Resistenz durchführbar ist, erscheint fraglich, jedoch existieren in zahlreichen Verwaltungen Bestimmungen, die strikte durchgeführt, den Betrieb lahm legen würden. So z. B. bei der Berliner Straßenreinigung. Unsere Erfahrungen bezüglich der Streiks beweisen uns aber, daß wir damit am besten vorwärts gekommen sind. So in Mirdorf, Berlin, Hamburg, Kiel usw. Die von Dr. Lindemann angelegene Reservearmee vermag z. B. Gas- und Kanalarbeiter sehr schwer zu ertreiben. Und wenn für uns die Tatsache besteht, daß wir die Arbeitsverhältnisse jahrelang nicht vorwärts bringen können, ohne das letzte Mittel anzuwenden, so müssen wir infolge der Kurzsichtigkeit zahlreicher deutscher Stadtverwaltungen wohl eher übel dazu kommen, noch häufiger zum Streik zu greifen wie bisher. Auch die steigende technische Entwicklung, besonders in der Beleuchtungsindustrie (schräge und senkrechte Motoren, Kammeröfen, Wassergasanlagen usw.), treibt uns dazu, mit allen Mitteln auf verkürzte Arbeitszeit zu drängen, ehe es zu spät ist. Darum müssen auch unsere finanziellen Mittel verstärkt werden, eventuell durch einen Kampffonds. In der Theorie haben wir einige wohlwollende bürgerliche Sozialpolitiker, in der Praxis verjagt selbst Herr Leone-Strasburg.

Johansen-Länemark (übersetzt durch Sörensen) schildert ausführlich die Erzeugnisse durch die Organisation. Man hat den Achtstundentag sowie wesentlich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt.

Wulph-Berlin: Die größere Betonung des politischen Moments hat wohl seine Grundlage in den anders gearteten Verhältnissen des Auslandes. Bei uns dürfte das nicht zutreffen. Es ist schon auf die beschränkende Bestimmung durch die Städteordnungen hingewiesen. Aber auch das Argument Schäfers trifft zu, daß eine Anzahl Parteigenossen sich nicht so mit unseren Verhältnissen beschäftigen, wie es wünschenswert wäre. Wohl schafft man gute Kommunalprogramme, aber eine ganze Reihe von Genossen können nicht in die Materie vertiefen mangels Zeit und anderer Gründe. Das Hauptmoment ist aber die Einflußlosigkeit der Arbeitervertreter. Davon kann ich Beispiele herbringen aus Mirdorf, wo man uns nicht beachtet, sowie wir erstliche Fortschritte verlangen. Es hat auch in Mirdorf erst der Streikandrodung seitens unserer Kollegen bedurft, um hierin Wandel zu schaffen.

In Berlin trifft das gleiche zu. Als die organisierten Arbeiter energisch ihre Forderung bezüglich verkürzter Arbeitszeit betonten, da erit bequeme man sich zum Entgegenkommen. Aber auch die Arbeiterausschüsse haben völlig versagt. Das ist bezeichnend und beweist, daß die Ausschüsse nur sehr bedingte Anerkennung verdienen. Es wurde die Lohnkommission empfangen, obwohl man versicherte, man habe keine Angst vor einem Streik. Es wäre also durchaus falsch, zu glauben, das politische Moment könne bei uns einen entscheidenden Einfluß ausüben. Das wird weder für Nord- noch für Süddeutschland zutreffen. Wir haben aber auch die Kameradschaftlichkeit mit der Gesamtarbeiterschaft aufrecht zu erhalten, und schon darum müssen wir daran festhalten, daß uns das Koalitions- und Streitrecht erhalten bleibt. Auch Kulemann hat es gerade betont, daß das allgemeine Interesse nicht ausgenutzt werden dürfe gegenüber den Gemeindeführern. Ueber die Zweckmäßigkeit des passiven Widerstandes ist hier schon gesprochen worden. Das Antreibersystem, wonach bald auf ein halbes Tugend Arbeiter ein Antreiber kommt, läßt das schwerlich zu. Es würde auch als weitere Etappe bei den unzweifelhaft folgenden Maßnahmen der Streik demnach proklamiert werden. Die Paarung in Dänemark zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie kann vielleicht manches erreichen für die städtischen Arbeiter. Aber in unserem Reiche werden kaum Worte darüber zu verlieren sein. Wohl muß den städtischen Arbeitern die politische Betätigung zur Pflicht gemacht werden, aber entscheidend muß doch bleiben unsere gewerkschaftliche Organisation.

Schoonderwoerd - Holland: Wir haben vor allem in der letzten Zeit unsere Kräfte zusammennehmen müssen und auch gute Erfolge erzielt. Redner legt dies im einzelnen dar.

Nach einigen Minderstellungen Greulichs und Würgers, und nachdem Altvater noch die Laubheit mancher sozialdemokratischen Gemeindevertreter charakterisiert, spricht sich letzterer gegen die Penakung der bürgerlichen Presse aus, an deren Wirksamkeit er zweifelt.

Das Schlußwort erhält A. Rohs - Berlin: Er konstatiert, daß alle Redner die Notwendigkeit des Streikrechts betont haben. Nun hat uns Dr. Lindemann eine Reihe von Dingen erzählt, die ich lieber in seiner Anwesenheit richtig gestellt hätte. Aber das liegt wohl daran, daß Genosse Lindemann aus der letzten Zeit nicht so orientiert war. In Hamburg (Künze), Gotha und anderwärts ist ein nachträglicher Erfolg selbst des verlorenen Streiks nachzuweisen. Es würde auch von Lindemann in Frage gestellt, ob bei längeren Streiks noch Erfolge möglich sind. Das haben wir aber in Pant-Wilhelmshaven gehabt, weil nach circa 3 Wochen die Kohre verstopft waren und eine Reihe von Betriebsstörungen vor sich gingen. So ähnlich wäre es auch wohl in Pforzheim gewesen. Bezüglich der Presse kommt es ganz darauf an, wie die Verhältnisse liegen. In Hamburg hat man gute Erfolge gehabt.

Das Hineinbringen von Bestimmungen in die Arbeitsordnungen betreffend Verhandlungen mit der Organisation und Streikrecht ist wohl kaum zu erwarten. Die Anerkennung der Organisation haben wir ziemlich scharf betreiben müssen. Die Ausgestaltung der Ausschüsse erscheint fast unmöglich, wie schon die Diskussion ergeben hat. Vielleicht werden wir auf unserem nächsten Verbandstag diese Forderung streichen müssen.

Zur Abstimmung gelangt nunmehr folgende Resolution:

„In Anbetracht der Verschiedenartigkeit der rechtlichen Grundlagen des Koalitions- und Streikrechts für die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter hält es die erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe für geboten, daß die einzelnen Landesorganisationen die diesbezüglichen, für ihr Land geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie alle später in Kraft tretenden Neuerungen mit den Bruderorganisationen austauschen. Die Konferenz protestiert in jeder Weise und Form gegen die Schmälerung des Koalitions- und Streikrechts für die Arbeiter in öffentlichen Betrieben und betrachtet es als Ehrenpflicht aller hier in Frage kommenden Organisationen, mit allen Mitteln für ein freies Koalitions- und unbeschränktes Streikrecht für alle Arbeiter öffentlicher Betriebe einzutreten, da sie keineswegs auf das letzte, wenn auch schärfste Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe Verzicht leisten können.“

Zur praktischen Durchführung von Lohnbewegungen aller Art sind die wirtschaftlichen Kampfmittel der modernen Gewerkschaftsbewegung je nach den Verhältnissen anzuwenden. Die öffentliche Meinung und die Gemeindevertretungen sind in entsprechender Weise über die Lage der Dinge aufzuklären und ist dabei unsere Stellungnahme darzulegen. Die Beteiligung an den Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften ist besonders zu propagieren. Die Organisationsleitungen werden ersucht, für die Durchführung der hier gegebenen Anregungen zu sorgen.“

Dieselbe wird einstimmig angenommen.

Es folgt das Referat des Kollegen E. Dittmer - Berlin über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die allgemeine Fürsorge der Arbeiter in öffentlichen Betrieben“. Redner gibt an der Hand

statistischer Zahlen ein Bild von der Lage der Gemeindeführer Deutschlands. Desgleichen behandelt er unsere bezüglichen Programmforderungen sowie die Fürsorgeeinrichtungen der deutschen Stadtgemeinden, die zumeist dem immerwährenden Trängen unserer Organisation zu danken sind. (Unter Verweisung auf die bezügliche Literatur und mit Rücksicht auf den Raum glauben wir von einer Wiedergabe des Referats Abstand nehmen zu sollen.)

Greulich - Schweiz: Ein so ausgedehntes Referat wie Genosse Dittmer kann ich nicht geben, aber ich will doch einen Unterschied zeigen bezüglich unseres politischen Einflusses. Die höchsten Beamten beziehen bei uns 7000 bis 9000 Frank (5600 bis 7200 Mk.). Nach der neuen Gemeindeordnung in Zürich soll der niedrigst bezahlte ungelernete Gemeindeführer 5 Frank (4 Mk.) pro Tag, also 1500 Frank (1200 Mk.) beziehen. Also den sechsten Teil der höchsten Beamten, die überhaupt bezahlt wird. Dasselbe Verhältnis existiert in der ganzen Schweiz. Ja, es wird bald die Zeit herankommen, wo der unterste Beamte und Arbeiter den vierten Teil des Gehalts des höchsten Beamten bekommt! Die Arbeitszeit ist nirgends höher als zehn Stunden. Es wird wohl bald allgemein der Neuntugendtag eingeführt werden. Wir streben ferner Monatslohn an. Gegenwärtig wird bei Krankheit während zehn Monaten der volle Lohn gezahlt. Den Hinterbliebenen wird der volle Lohn ein halbes Jahr ausgezahlt. Nach zwei Jahren Dienst werden sechs Tage Ferien gewährt. Die jährlichen Lohnzulagen sollen im Minimum 120 Frank (96 Mk.) betragen, für qualifizierte Arbeiter sind sie höher, sofern sich niemand etwas zuzulassen kommen läßt. Der Jahreslohn der untersten Klasse (5 Frank) soll sich bis auf 2200 Frank (1776 Mk.) steigern. Lebenslängliche Anstellung haben wir auch für unsere höheren und höchsten Beamten nicht. Ich stimme dem Referenten vollständig bei: Der Mann, der in städtischen Diensten steht, soll einen guten Lohn bekommen, anderenfalls werde ich auf alle städtischen Fürsorgeeinrichtungen. Wir haben zwar noch keine staatliche Kranken- und Unfallversicherung, aber wir haben ziemlich gute Haftpflichtgesetze. Nach diesem Gesetz muß der volle Lohn während der Dauer der Heilung bezahlt werden. Redner bespricht die diesbezüglich geplanten gesetzlichen Verbesserungen der nächsten Zeit. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter sind erst seit 1½ Jahren organisiert und haben bereits 1500 Kollegen im Verbandsverband. Wenn es uns möglich ist, einen Beamten anzustellen, werden wir schneller vorwärts kommen und Vorbildliches schaffen.

van Dinte - Holland: Wir müssen die periodische Erhöhung des Lohnes verlangen, und zwar muß diese alle fünf Jahre vor sich gehen. Scharfe Stellung nehmen müssen wir gegen die Akkordarbeit. Wir verlangen Wochensöhne, nicht Monatslöhne. Die Fürsorgebestimmungen sollen ohne Beiträge der Arbeiter eingerichtet werden. Bei Differenzen muß ein Schiedsgericht bestehen.

Altvater - Stuttgart: Ich bin auch damit einverstanden, daß die Rechte der Arbeiter in Arbeitsordnungen niedergelegt sind. Was aber die Lohnfrage anbetrifft, so sollten dieselben überhaupt nicht in der Arbeitsordnung aufgenommen werden, sondern am besten alljährlich neu geregelt werden. Redner begründet dies ausführlich im einzelnen.

Schmidl - Ungarn: Bei uns müssen die Feuerhausarbeiter noch 12 Stunden arbeiten. Es wird noch mit demselben Lohn und denselben Zulagen gerechnet, die vor zehn bis zwölf Jahren eingeführt sind. In unserem Gaswerk haben die Privatunternehmer 4½ bis 5 Millionen Ueberschuß, und da außerdem eine ziemlich Korruption herrscht, müssen wir mit allen Mitteln kämpfen, um vorwärts zu kommen.

Uhngsje - Dänemark (übersetzt durch Sörensen): Kollege Johansen hat bereits im ersten Punkt über die Lohnverhältnisse berichtet. Wir haben zwar keine Spezialfürsorgeeinrichtungen für städtische Arbeiter, weil dies durch die Landesgesetze geregelt ist. In Kopenhagen werden drei Tage Sommerferien und zwei Tage Winterferien gewährt. Nach 25 Dienstjahren erhalten die Arbeiter zwei Drittel vom Lohn als Pension. Auf besonderen Antrag kann die Pension auch schon früher gewährt werden. Wir haben eine städtische Krankenkassenunterstützung. Nach 26 Wochen zahlt jedoch die Gemeinde, damit das Wohlfahrt nicht verloren geht. Wir haben ein städtisches Unfallversicherungsgesetz, wonach in Betrieben mit Tampfkräften der Arbeitgeber die Arbeiter unterstützen muß. Die Alterspension ist bei uns staatlich geregelt. Man erhält Unterstützung mit 60 Jahren, wenn in den letzten fünf Jahren keine öffentliche Unterstützung bezogen wurde. Wo die Sozialdemokraten in den Stadtverwaltungen regieren, ist die Unterstützung größer als wo die anderen Parteien regieren. Jetzt ist auch eine Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinde eingeführt nach dem Genet. System.

Rohs schlägt vor, die Debatte nunmehr über diesen Punkt abzubrechen. Dem widerspricht Wukly mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des verhandelten Gegenstandes.

Es wird beschlossen, am Dienstag in der Debatte über diesen Punkt fortzufahren.

Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

F. D.

Wie eine arbeiterfreundliche Maßnahme des Breslauer Magistrats durch eine Betriebsverwaltung in ihr Gegenteil verwandelt wird.

Am 7. Juli veröffentlichte der Magistrat in der Nr. 28 des Breslauer „Gemeindeblattes“ nachstehende Verfügung:

„Durch Beschluß des Magistratsausschusses für Arbeiterangelegenheiten vom 17. Juni d. J. ist bezüglich des Begriffes der Ueberstunden und deren Bezahlung folgendes festgesetzt worden:

- als Ueberstundenarbeit soll jede Beschäftigung gelten, die außerhalb der als regelmäßige Norm durch den Arbeitsvertrag festgesetzten Arbeitszeit auf Verlangen geleistet und nach Monats-, Wochen-, Tage- oder Stundenlohn vergütet wird (Anforderung kommt hierfür selbstverständlich nicht in Frage);
- die Vergütung soll betragen:
 - 25 Proz. Erhöhung des regelmäßigen Lohnes für die ersten 4 Stunden über die Arbeitszeit,
 - 50 Proz. Erhöhung für die weiteren Stunden und für Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen;
- jede angefangene Ueberstunde wird für voll gerechnet;
- auf vorübergehend angenommene Hilfsarbeiter findet obiger Beschluß keine Anwendung, da für sie stets eine besondere Lohnvereinbarung besteht;
- Verwaltungen, welche zurzeit schon höhere Vergütungen gewähren, als die heute beschlossene, sollen nicht gezwungen sein, diese Vergütung für ihre Arbeiter herabzusetzen.

Die Herren Betriebsleiter werden angewiesen, hiernach zu verfahren.

Breslau, den 27. Juni 1907.

Der Magistrat hiesiger Agl. Haupt- und Residenzstadt.

Soweit die Verfügung, die durchaus Anerkennung verdient. Wie aber sieht es mit ihrer Durchführung aus? Eine ganze Reihe von Betriebsverwaltungen haben bis heute davon noch keine Notiz genommen, andere wieder haben sie nur teilweise beachtet, und nur die Verwaltung der Elektrizitätswerke hat sie durchgeführt, und zwar schon seit zwei Wochen. Näheres darüber wird eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter ergeben, die sich in nächster Zeit damit eingehend beschäftigen wird. Heute wollen wir nur eine Verwaltung — die der städtischen Gaswerke-Rohrnetz-Betriebsinspektion und -Installation herausgreifen, um darzutun, wie Magistratsverfügungen von den Betriebsleitern beachtet werden.

Da die Arbeiter der genannten Verwaltung trotz der doch so klar und bestimmt lautenden Verfügung des Magistrats noch immer nichts erhalten hatten, wandten sie sich an die Leitung des Gemeindearbeiterverbandes und beriefen eine Versammlung ein, die zu dieser Frage Stellung nehmen und in welcher Genosse Wehrlein referieren sollte. Durch die Bekanntmachung dieser Versammlung jubelte sich endlich die Verwaltung der Gaswerke am Leßingplatz bezogen, ihren Arbeitern von der zuerst genannten Magistratsverfügung Kenntnis zu geben, und so wurde sie am Versammlungstage zur Kenntnis ins Werk angefangen. Aber wie hatte sich die Verfügung geändert. Sie sieht jetzt so aus:

Erst kommt die oben erwähnte Magistratsverfügung, aber nur bis zum Abschnitt B. der Rest, darunter der wichtige Teil C, fehlt, dann aber heißt es:

„Mit Rücksicht auf die Eigenart der Beschäftigung des Arbeitspersonals der Rohrnetz-Betriebsinspektion, insbesondere des Installationspersonals, sind nachstehende Sonderbestimmungen getroffen:

- Bei Installationsarbeiten auf Straße, Reparaturen usw. wird für die erste, über die Normalarbeitszeit hinausgehende Ueberstunde stets nur der gewöhnliche Lohnsatz, also ohne Zuschlag, gewährt.
- Für länger als eine Stunde dauernde Ueberarbeit der erwähnten Art bleibt die Gewährung des erhöhten Lohnsatzes dem pflichtmäßigen Ermessen der Betriebsleitung überlassen, sofern diese Arbeiten ohne Auftrag geleistet worden sind.
- Wachstunden (in den Gaswachtlokalen) werden wie bisher nur mit dem gewöhnlichen Lohnsatz vergütet, gelten also nicht als Ueberstunden.
- Bruchteile von Ueberstunden werden nur dann als Ueberstunden berechnet, wenn sie mindestens eine halbe Stunde betragen.

Die vorstehenden Bestimmungen treten erstmalig mit der am 21. August beginnenden Lohnwoche in Kraft.

Breslau, den 21. August 1907.

Die Verwaltung der städtischen Gaswerke,
Tourneau.

Zugleich in Vertretung des Direktors.

Diese Verfügung hebt so ziemlich alles auf, was der Magistrat gewährte. Denn die Ueberstunden der genannten Arbeiterkategorien setzen sich in der Hauptsache eben aus Arbeiten beim Publikum und auf den Wachen zusammen. Beim Publikum zum Beispiel beim Nachbrennen der Leitung können die Arbeiter nicht mitten in der Arbeit aufhören und die Beamten fragen gehen, ob sie auch weiterarbeiten dürfen; tun sie solches aber nicht, bekommen sie die Stunden nur teilweise bezahlt, da die Verwaltung nach der bisherigen Praxis fast nie Ueberstunden für nötig erachtet. Mit den Wachstunden liegt es ähnlich. Nach der zehn Stunden betragenden Arbeitszeit müssen täglich ein Teil der Arbeiter nach den Wachtlokalen gehen und dort von 6 bis 9 Uhr abends wachen, um bei etwaigen Störungen, Explosionen usw. sofort nach den betreffenden Stellen zu eilen und die Hindernisse zu beseitigen. Sonntags wird die Wache den ganzen Tag geleistet. Dafür soll nun keinerlei Zuschlag gezahlt werden.

Schließlich hat die Verwaltung sich Rechte angemacht, die ihr gar nicht zustehen. Wer gestattet ihr zum Beispiel, die erste Ueberstunde überhaupt nicht mit Zuschlag zu bezahlen oder gar die Bruchteile von Ueberstunden nur dann als voll anzurechnen, wenn sie länger wie eine halbe Stunde betragen. Wo es doch in der Magistratsverfügung so klar heißt: „Jede angefangene Ueberstunde wird für voll gerechnet.“ Der Magistrat sieht jedenfalls selbst daraus, wie recht der Gemeindearbeiterverband hat, wenn er behauptet, daß wohl der Wille des Magistrats ein guter sein mag, daß aber die unteren Verwaltungsorgane ihn in sein genaues Gegenteil verwandeln! Für die städtischen Arbeiter aber ein doppelter Ansporn, sich durch ihre Organisation die Bedeutung zu verschaffen, die ihnen zukommt, und alle Verschlechterungen ihrer Lage zurückzuweisen.

Die neue Gemeindeordnung der Stadt Zürich.

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich hatten am 8. September über die neue Gemeindeordnung abgestimmt, die gegenüber der bestehenden von 1891 mancherlei Neuerungen bringt. Eine ganze Reihe von Bestimmungen betreffen die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter, die unsere Kollegen besonders interessieren dürften. Die Vorlage ist mit 16 217 gegen 6923 Stimmen, also fast mit einer Dreiviertelmehrheit, angenommen.

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit soll auf neun, bei Schichtwechsel auf acht Stunden festgesetzt werden. Der Mindestlohn für erwachsene Handlanger 5 Frank gegenüber den bisherigen Ansätzen von 4.50 Frank für erwachsene Handwerker und 4 Frank für erwachsene Handlanger bei zehn Stunden täglicher Arbeitszeit. Bei der Anstellung sind vorzugsweise Schweizer Bürger zu berücksichtigen.

Die neue Gemeindeordnung bringt ferner den städtischen Arbeitern eine automatische jährliche Lohnsteigerung, wie sie die Beamten längst haben. Es erhalten nunmehr alle Arbeiter die erste Lohnsteigerung mit Rückwirkung auf den 1. Juli 1907. Dem bisherigen, oft gerügten Uebelstande, daß die Stadt Leute 30 und mehr Jahre lang als Tagelöhner beschäftigt, wird dadurch abgeholfen, daß die vollbeschäftigten Arbeiter, deren Tätigkeit einen dauernden Charakter hat, bei genügenden Leistungen und guter Führung nach einjähriger Dienstzeit zu ständigen Arbeitern mit festem monatlichen Einkommen aufsteigen. Die Unterlassenen von Arbeitern, die im Laufe des dem Todesstage vorausgegangenen Jahres mindestens 10 Monate oder 250 Tage im Dienste der Stadt gestanden haben, beziehen vom Todesstage an den Lohn für ein halbes Jahr weiter. So lange die obengenannten Versicherungen noch nicht bestehen oder soweit ihre Leistungen bei Krankheit oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit den Lohnausfall nicht decken, ist den ständigen Arbeitern sowie den Beamten und Angestellten der Bezug des vollen Lohnes bis auf die Dauer von sechs Monaten zu sichern.

Die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter werden im übrigen durch eine vom Großen Stadtrat zu erlassende Arbeitsordnung geregelt. Diese liegt bereits im Entwurf vor. Sie unterscheidet drei Klassen von Arbeitern: Ständige Arbeiter im Monatslohn, festangestellte Tagelohnarbeiter, die nach einem Jahre zu Monatslohnarbeitern vorrücken und der jährlichen Lohnsteigerungen teilhaftig werden, und vorübergehend angestellte Arbeiter. Für Heberarbeiten wird ein Zuschlag von 25 Proz. bezahlt, für Nacharbeit ein solcher von 50 Proz.; bei Sonntagsarbeit und bei Arbeiten von besonders schwerer Art beträgt der Zuschlag 100 Proz. Tagelohnarbeiter, die wegen der Bitterung zeitweise aussetzen müssen, erhalten einen Monatslohn, der mindestens dem Lohn von 21 oder 25 Tagen entspricht. Bei einer Dienstzeit von 1-3 Jahren werden 4 Tage Ferien gewährt, bei einer Dienstzeit von 4 bis 10 Jahren 7 Tage, bei mehr als 10 Jahren Dienstzeit 14 Tage. Der 1. Mai wird von morgens 10 Uhr an freigegeben; für regelmäßigen Militärdienst wird der volle Lohn bezahlt. Die Arbeitsordnung sieht ferner Arbeiterkommissionen vor; diese sollen aber durch die Gewerkschaften ersetzt werden, wenn vier Fünftel der Arbeiter es verlangen.

Die Beförderungs- und Lohnaufbesserungen und die Ausföhrung der in der Vorlage aufgenommenen Wohlfahrtsmaßnahmen sollen

eine Mehrbelastung des städtischen Budgets von circa 1 100 000 Frank im Gefolge haben. Man hofft, daß die gewöhnlichen Einnahmen ausreichen werden, diese Mehrausgabe zu decken.

In der der Gemeindeordnung angefügten Begründung sagt der Stadtrat speziell über den Neuntugendtag und Minimallohn:

„Bei der grundsätzlichen Einführung der neuntündigen Arbeitszeit wurde zunächst die Gegenwart zu Rate gezogen. Die neuntündige Arbeitszeit besteht in Zürich jetzt in den Gewerben der Buchdrucker, der Tapezierer, der Holzarbeiter, der Maler, der Gipser, der Steinhauer, sodann für die Werkstattarbeiter der schweizerischen Bundesbahnen. In anderen Berufen wird noch um den Neuntugendtag gekämpft. Die Stadt als Arbeitgeberin ist ohne weiteres pflichtig, an ihrem Orte diejenigen Arbeitsbedingungen festzusetzen, die ihr billig erscheinen. Dabei muß sie auch Rücksicht auf die Zukunft nehmen, da die Gemeindeordnung eine längere Reihe von Jahren Geltung haben soll.

Die Erhöhung des Mindestlohnes für einen gelernten Handwerker auf 5,50 Frank dürfte kaum beanstandet werden, denn schon seit geraumer Zeit können tüchtige gelernte Handwerker zu einem niedrigeren Lohne kaum mehr gewonnen werden, weder von den privaten Unternehmern, noch von der Stadtverwaltung. Ein Tagelohn von 5 Frank für Handlanger steht heute noch etwas über der durchschnittlichen Lohnhöhe. Das wird sich in wenigen Jahren geändert haben. Die Gemeindeordnung muß aber auch diese Verhältnisse für eine längere Reihe von Jahren ordnen. Ein Tagelohn von weniger als 5 Frank bedingt infolge der starken Verteuerung aller Lebensbedürfnisse für Verheiratete eine kärgliche Lebenshaltung und ein so wenig sicheres Auskommen, daß allzu oft die wirtschaftliche Selbstständigkeit vorübergehend oder ganz verloren geht und Zuschüsse der Wohlthätigkeit oder der Armenfürsorge erfolgen müssen. Die natürliche Entwicklung der Dinge führt die Stadt Zürich in den nächsten Jahren zu bedeutenden Bauten, Unternehmungen und Werken. Diese werden freilich die Finanzkraft der Gemeinde stark anspannen, aber die Gemeinde wird sich die Ausführung großer Dinge nicht dadurch erleichtern dürfen, daß sie den Lohn für die zu dienende Arbeit zu knapp bemißt.“

Neuntugendtag und Minimallohn waren die Streitpunkte im Großen Stadtrat bei der Beratung der Gemeindeordnung in der Referendarenbewegung. Der reaktionäre Bürgerverband der Stadt Zürich und der mit ihm so ziemlich identische Handwerks- und Gewerbeverein bekämpften sie und setzten in der liberalen Partei den Beschluß durch, die Summe freizugeben, während sie allerdings die direkte Verwerfung beschlossen haben wollten. Die Demokraten traten für die Annahme der Vorlage ein und ebenso selbstverständlich auch die sozialdemokratische Partei, die dafür auch bereits eine lebhafteste Agitation entfaltet. Nun ist die Vorlage in der Volksabstimmung angenommen. Damit hat die Stadt Zürich einen schönen sozialen Fortschritt gemacht.

Unsere deutschen Stadtverwaltungen — allen voran Berlin — können aus diesen Vorgängen viel lernen!

Geschäftsbericht der Einzelmitgliedschaft Dresden für das 2. Quartal 1907.

Etwas spät treten wir mit unserem Bericht in die Öffentlichkeit. An dieser Verzögerung sind eine Reihe von Vorgängen schuld; denn gerade in der Perichitiszeit haben sich Dinge ereignet, die eine schnelle Erledigung erforderten. Unsere lieben Freunde auf der anderen Seite haben wieder einmal Proben ihrer Unbuddsamkeit abgegeben, die an Güte nichts zu wünschen übrig lassen. Wir meinen damit die beiden letzten auffälligen Maßregelungen. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 31.) Ein näheres Eingehen erübrigt sich deshalb wohl.

Die in der Versammlung am 27. Juli gefaßte Resolution fordert unter anderem die Errichtung eines Schiedsgerichts, um solche aufsehererregenden Entlassungen in Zukunft zu vermeiden. Zu dieser Resolution haben wir eine längere Begründungsschrift ausgearbeitet und dem Rats- und Stadtverordnetenkollegium überreicht.

Nun die großen Ferien der Herren Stadtväter vorüber sind und sie neugekärkt ihr schweres Amt wieder antreten, hoffen wir, daß sie recht bald zu unserem Antrage Stellung nehmen. In der besagten Resolution war auch auf die bewilligte Feuerungszulage bezug genommen und es wurde deren recht baldige Auszahlung gefordert. Bisher ist sie noch immer nicht ausgegahlt worden. Das darf nicht wundernehmen, wenn man sieht, wie von gewisser Seite der „Schleifstein“ gedreht wird. In der „Dresdener Bürgerzeitung“, dem Organ der Hausbesitzer, wird nach allen Regeln der Kunst „scharf“ gemacht gegen die fortgesetzten Anträge, den städtischen Arbeitern und Beamten Gehaltsaufbesserungen zu gewähren. Ein längerer Artikel, betitelt: „Die städtische Beamtenschaft und ihre Forderungen auf Gewährung von Feuerungszulagen, eine Stimme aus Handwerkerkreisen“, behandelt diese Sache ausführlich. Es wird da gesagt, daß die Tagesordnung der Stadtverordnetenjahungens Woche für Woche Anträge auf Verbesserungen der Lage der städtischen Beamten und Arbeiter enthalte. Der uneingeweihte Beobachter müsse dadurch auf den

Gedanken kommen, daß der Rat zu Dresden seine Angestellten nicht ausreichend bezahle. Das sei aber nicht der Fall; denn „erst“ im Jahre 1900 (1) sei eine allgemeine Regelung der Anstellungsbedingungen erfolgt, auch wären die Löhne der städtischen Arbeiter seit dieser Zeit um 10–20 Proz. gestiegen. (In sieben Jahren!) Und trotzdem komme man mit Anträgen auf Gewährung von Feuerungszulagen!

Diese Stimme aus Handwerkerkreisen gönnt ja den städtischen Arbeitern eine auskömmliche Bezahlung von Herzen und ist der Meinung, daß dies in allen Betrieben der Fall sei. Ja, der städtische Arbeiter werde noch „wesentlich“ besser bezahlt als sein Kollege in den Privatbetrieben. Außerdem habe er noch andere Vergünstigungen, nämlich Urlaubsgewährung (nach 5 Jahren „Kann“ er bis zu 3 Tagen erhalten!), Pensionsberechtigung, geringere Arbeitszeit (wo denn?) usw.

Weiter heißt es in dem Artikel: „Das städtische Ausgabenbudget ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Man wird daher gut tun, weise Sparmaßnahmen zu üben (zunächst natürlich an den Arbeiterlöhnen) und späteren Generationen auch noch etwas für die Stadt zu tun übrig lassen! Deshalb sollte von der Stadtverwaltung gegen derartige fortgesetzte Anträge auf Verbesserung der städtischen Angestellten und Arbeiter energisch Einspruch erhoben werden.“

So der Artikel. Jede eingehende Kritik würde seine Wirkung nur beeinträchtigen. Jedenfalls aber erkennen die städtischen Arbeiter daraus, wenn sie es zu verdanken haben, daß die Auszahlung der Feuerungszulage so lange auf sich warten läßt.

Es wäre zu wünschen, daß das Stadtparlament dem Rat in nicht mißverständlicher Weise zu erkennen gibt, wie es über die Nichtachtung seiner Beschlüsse denkt.

Aber ein weiteres Ereignis hat sich in Dresden abgespielt und dieses ist ob seiner Eigenartigkeit wohl dazu angetan, Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter zu tragen.

Wir treten bekanntlich grundsätzlich dafür ein, daß die Existenz des städtischen Arbeiters eine geänderte werde, daß er eine Versorgung im Alter haben soll, daß ihm ein ausreichender Urlaub zuteil werde und daß ihm auch im Krankheitsfalle der Lohn in voller Höhe ausgezahlt werde. Und nun höre man, der Rat zu Dresden, dessen Nichtständigkeit in sozialen Dingen wir schon oft kritiseren mußten, dieser selbe Rat also geht noch über diese unsere Grundsätze hinaus. Er hat dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage unterbreitet, wonach nicht weniger als 500 städtische Arbeiter die — Beamteneigenschaft verliehen erhielten! Das nennt man Arbeiterfürsorge — könnte man sagen, wenn von jedes Ding nicht zwei Seiten hätte. Eine blinde Vorderseite und eine dunkle Rückseite. So auch hier.

Außer den Bediensteten soll auch eine Anzahl Arbeiter die Beamteneigenschaft erhalten, und zwar diejenigen, die für den Betrieb des betreffenden Dienstzweiges unbedingt erforderlich sind.“ Dieser Satz in der Begründung der Vorlage dürfte den eigentlichen tiefer liegenden Anlaß offen darlegen. Und die finanzielle Seite? Das Grundgehalt ist auf 1200 Mk. normiert und erreicht in 14 Jahren die Höchstgrenze von — 1450 Mk., sage und schreibe vierzehnhundertfünfzig. Da muß doch gesagt werden, daß dies mehr als bescheiden ist. Dieses auffällig niedrige Gehalt wird durch die recht fragwürdigen Vorteile der Beamteneigenschaft ganz und gar nicht aufgehoben. Wenn wir auch mit dieser neuen Spezies von Arbeiterfürsorge nicht einverstanden sein können und wohl auch der größte Teil der „beamteten Arbeiter“ selbst nicht, so müssen wir doch sagen, der jahrelangen Tätigkeit der Organisation nach dieser Richtung hin ist es im letzten Grunde zu verdanken, daß man diese Beamtenvorlage ans Licht der Welt brachte. Da erst seit Anfang August die praktische Erprobung dieser Vorlage datiert, ist es heute nicht gut möglich, ein abschließendes Urteil über die Vorteile und Nachteile abzugeben.

Eins ist aber sicher, wenn nicht alles trägt, werden wir uns in nächster Zeit eingehender mit dieser Angelegenheit befassen müssen.

Alle diese Vorgänge lassen es wohl begreiflich erscheinen, wenn wir sagen, daß der Geschäftsleitung eine Masse Arbeit daraus erwuchs. Ein wesentlicher Teil derselben spielte sich im intimen Kreise ab und erforderte viel schriftliche Arbeiten. Hinzu kommt noch, daß in der Perichitiszeit zahlreiche Petitionen für die einzelnen Betriebe angefertigt wurden. Zu ihrer Vorbereitung machten sich 37 Betriebsbesprechungen notwendig. Außerdem fanden noch statt 4 Verwaltungshörungen und eine große öffentliche Versammlung. Referent war hier Kollege Hohs-Perlin.

Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Am Schluß des ersten Quartals waren zu verzeichnen:

	1530 männliche, 15 weibliche Mitglieder
eingetreten	144 „ 2 „
	1674 männliche, 17 weibliche Mitglieder
Abgang	99 „ 6 „

Verstand am Schluß 1675 männliche, 15 weibliche Mitglieder

Massenbericht: Einnahme an Eintrittsgeldern, Beiträgen usw. 9001,73 Mk., dazu vom ersten Quartal Verstand 7902,58 Mk., ist eine Gesamteinnahme von 16 904,31 Mk.

An Ausgaben sind zu verzeichnen an die

Hauptkasse	4655,56	Mk.
Verwaltung und Kassiererschädigung	1529,24	"
Unterstützung kranker Mitglieder	1837,—	"
Unterstützung arbeitsloser Mitglieder	43,—	"
Büroamiete, Druckfachen, Agitation	526,—	"
Sterbegeld für Ehefrauen, Kränze	63,25	"
Beiträge an das Arbeiterssekretariat	120,—	"
Sonstiges	64,93	"
	8838,98	Mk.

Verbleibt sonach ein Bestand von 8065,53 Mk.

Zu den Ausgaben möchten wir bemerken, daß die Summe von 1837 Mk. ausgezahlter Krankenunterstützung auf eine große Zahl kranker Mitglieder schließen läßt. Und dem ist auch so. Der Gesundheitszustand der städtischen Arbeiter ist durchaus kein guter. Nach der Statistik der Betriebskrankenkasse waren im Jahre 1906 nicht weniger als 42 Proz. Kranke zu verzeichnen. Das ist an sich schon ein hoher Prozentsatz. Verüßlicht man aber noch, daß ohne ärztliche Untersuchung niemand eingestellt wird, die Betriebskrankenkasse demnach nur gesunde Arbeiter als Mitglieder erhält, und daß andererseits bei der Ortskrankenkasse, die alles als Mitglieder aufnehmen muß, nur eine Krankheitsziffer von 28 Proz. zu verzeichnen ist, so wird das Ergebnis noch ungünstiger. Aber dieser hohe Prozentsatz kranker Mitglieder muß doch einen Grund haben und der dürfte zweifellos im Arbeitsverhältnis selbst begründet sein.

Aus alledem erwächst für die städtischen Arbeiter die Pflicht, für Verbesserung im Arbeitsverhältnis zu wirken. Der weitere Ausbau der Organisation dürfte hierbei ein notwendiger Schritt sein, denn eine starke Organisation bürgt für ein gutes Arbeitsverhältnis!

Brief aus Hannover.

Von der Liebe zum Nächsten scheint man bei den „Christlichen“ recht sonderbare Begriffe zu haben. Das Denunzieren wird als Spezialartikel betrachtet, namentlich gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften. Der Haß und die Wut dieser „Christen“ richtet sich besonders gegen solche Arbeitskollegen, die irgendeinen Posten als Vertrauensmann innehaben und ihnen daher bei der Agitation recht un bequem werden. Wie oft werden da unsere Kollegen denunziert, wobei es mit der Wahrheit nicht allzu genau genommen wird, wenn nur der Zweck erreicht wird. Man will, daß unsere Kollegen brotlos gemacht werden sollen. Nach dieser Seite hin scheinen die „Christen“ die Betätigung der Nächstenliebe aufzufassen. Derartige Fälle kamen in letzter Zeit häufiger in den städtischen Regiebetrieben vor. Da wurden unsere Kollegen bei den Behörden und Vorgesetzten denunziert, ohne daß sich die Betroffenen etwas zuschulden kommen ließen. Auf das energische Verlangen unserer Kollegen, diesen Denunzianten gegenübergestellt zu werden, wird meist von den Vorgesetzten nicht eingegangen. Aber auch diese feigen Elemente wagen es nicht trotz wiederholter Aufforderung, vor den Vorgesetzten und versammelten Arbeitskollegen die im Geheimen gemachten Anschuldigungen öffentlich zu vertreten. Die Beamten sollten aber auch bald zu der Ueberzeugung kommen, daß man, um wahre Tatsachen mitzuteilen, nicht auf Schleichwegen zu gehen braucht, sondern die Wahrheit kann man offen und vor jedem vertreten. Die im Geheimen gemachten Mitteilungen tragen meist den Charakter der Geschäftlichkeit und Persönlichkeiten an der Stirn. Den übrigen Arbeitern sei aber hiermit gesagt, daß sie sich durch derartige Praktiken nicht abschrecken oder einschüchtern lassen dürfen, sondern nach wie vor für die Weiterentwicklung ihres Verbandes wirken mögen. Den uns noch Fernstehenden müssen aber derartige Fälle mitgeteilt werden, damit ein jeder einsehen lernt, wie es mit dieser Sorte „Christen“ aussieht.

Aber auch noch auf einen anderen Zustand sei hiermit aufmerksam gemacht. Für die Einzugsfeierlichkeiten des Kaisers werden zur Ausschmückung der Straßen jetzt horrend Summen verpulvert. Da hört man nichts, daß im Stadtsäckel kein Geld ist. Wenn aber die städtischen Arbeiter einmal eine Erhöhung ihrer geradezu erbärmlichen Löhne fordern, dann ist kein Geld vorhanden. Sollte keinem der hohen Anteilnehmer in diesen Tagen bei den Festgelagen der Gedanke kommen, daß die Wahlzeit der einzelnen Person da mehr kostet, als wie ein städtischer Arbeiter die ganze Woche an Lohn erhält? Die Mehrzahl der städtischen Arbeiter muß bei den jetzigen Löhnen an Mangelernährung leiden. Löhne von 2-3 Mk. pro Tag sind keine Seltenheit. Daraus können die Arbeiter ersehen, wie schroff und ablehnend man nach unten und wie zuvorkommend man nach oben ist. Auf der einen Seite werden große Summen zwecklos verschwendet, während die Arbeiter weiter hungern und darben müssen. Darum, städtische Arbeiter Hannover, wolt ihr ernstlich eure Lage verbessern, dann hinein in eure Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nur durch eine gute Organisation könnt ihr eine Verbesserung eurer jetzt noch so traurigen Lage herbeiführen. F. M.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. In der Oberspree, gegenüber dem Plänterwald, hat der Magistrat 1901 vom Fiskus ein größeres Gelände für den Bau einer städtischen Gasanstalt erworben. Unmittelbar an dieses Gelände und anderem städtischen Grundbesitz angrenzend, liegen noch 15 Hektar, die zur Wohlbeide gehören. Der Fiskus hat nunmehr auch diesen Teil für 7½ Mk. pro Quadratmeter, d. h. zum Preise von 1¼ Million Mark an den Magistrat verkauft.

Leipzig-Planitz. Die Gasversorgung, die bis jetzt von der Thüringer Gasgesellschaft besorgt wurde, wird vom 1. November d. J. von den städtischen Gasanstalten übernommen. Dadurch macht sich der Bau einer neuen, früher geplanten Zuleitung von der Lindenauer Gasanstalt, zu dem die Stadt verträglich hätte 80086 Mk. zahlen müssen, überflüssig. Die Zuleitung wird nunmehr vom städtischen Versorgungsnetz ausgebaut werden. Die Kosten sind auf 77500 Mk. veranschlagt.

Wizza. In den hiesigen Gaswerken erfolgte am 6. September eine Explosion, wobei 13 Arbeiter, darunter mehrere lebensgefährlich, verletzt wurden.

Aus den Stadtparlamenten.

Reichenhall. Mit dem Magistratsbeschlusse auf eine Eingabe der Filiale Bad Reichenhall des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wonach die Löhne der städtischen Arbeiter vom 1. August d. J. ab auf 3 Mk. resp. 2,50 Mk. im Sommerhalbjahr erhöht werden sollen und im Winterhalbjahr ein entsprechender Abzug erfolgen soll, erklärt sich das Gemeindefolkium einverstanden. Ebenso stimmt das Kollegium dem Beschlusse zu, die Regelung der von der Organisation vorgeschlagenen weiteren Punkte zu betragen. Das Kollegium bemerkt zu der Angelegenheit, daß mit Gewährung dieser Lohnaufbesserung erwartet wird, daß auch die Arbeitnehmer sich einer flotten Arbeitsleistung befleißigen und möchten dieselben bedenken, daß sie das ganze Jahr über von der Stadtgemeinde beschäftigt und dieselben nicht wie viele andere ihrer Kollegen von der allgemeinen Geschäftslage abhängig sind. Der Stadtbaumeister erhält Weisung, auf eine pünktliche und fleißige Arbeitsleistung zu sehen und ist es demselben anheimgestellt, ungeeignete Arbeiter zu entfernen. — Diese Begründung klingt ja recht merkwürdig, so anerkennenswert die kleinen Zugeständnisse sein mögen. Als wenn nicht in Reichenhall wie übrigens auch anderswo für übergenügend Arbeitskontrolle gesorgt wäre! Aber so sind nun mal die „wohlweisen Stadtväter“. Ganz ohne die „patriarchalische Ermahnung“ konnten sie ihrem Herzen diesen Stolz nicht verhehlen, wie's scheint.

Aus unserer Bewegung.

Wormen. Wie bereits in einer Artikelserie behandelt, konnte der neue Lohnarif, geltend ab 5. Juni d. J., bei den städtischen Arbeitern, insbesondere bei den Gasarbeitern, keine Befriedigung auslösen. Aber wiederum Monate ins Land gehen lassen ohne Gewißheit auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, dazu verpürten die Gasarbeiter keine Lust. Sie entschlossen sich vielmehr für ein schnelles und energisches Handeln. Am 10. August hatte unser Kollege Gaultier Schäfer eine Unterredung mit dem Beig. Herr Schwarz. Derselbe erklärte, daß die Verwaltung bereit sei, mit dem Arbeiterausschuß in der in Rede stehenden Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Am 26. August fand die Sitzung desselben mit den Herren der Verwaltung statt. Definitive Zugeständnisse wurden nicht gemacht, vielmehr den Arbeitern nahegelegt, eine neue Eingabe einzurichten. Die Eingabe wurde eingereicht und Antwort bis zum 2. September erbeten. Die Antwort blieb aus; es fehlte nicht viel und die Kollegen hätten am Abend genannten Tages den Streikbeschlusse gefaßt. Kollege Schäfer erbat sich jedoch, am anderen Tage bei dem Oberbürgermeister vorstellig zu werden, um eine Verständigung anzubahnen. Die Kollegen stimmten dem zu. Am 3. September fand dann die Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt Wormen und unserem Kollegen Schäfer statt. Denselben wurde Beschleunigung der Sache zugesagt und ihm eingeräumt, am Freitag, den 6. September, in der gleichen Sache vorzusprechen. Eine des Abends gleichen Tages wiederum stattfindende Versammlung der Kollegen nahm den Bericht des Kollegen Schäfer entgegen. Nur unter Widerspruch stimmte man dem Vorschlage zu, die Entwidlung der Dinge abzuwarten. Die Streikgenehmigung von seiten des Verbandes vorstandes lief telegraphisch ein. Am 6. und 7. September wurde Kollege Schäfer abermals vorstellig. Am 6. September nachmittags fand eine Sitzung der Licht- und Wasserkommission statt, um zu den Forderungen der Kollegen Stellung zu nehmen. Am 7. September konnte der Oberbürgermeister den Kollegen Schäfer das

Resultat der Kommissionsberatung mitteilen. Danach sollen die Anfangslöhne bis zu 60 Pf. und die Endlöhne sämtlich um 20 Pf. erhöht und für eine weitere Kategorie der Arbeiter der Achtstundentag eingeführt werden. Der eingereichte Entwurf einer Arbeitsordnung für sämtliche Betriebe wird zur Beratung kommen. Eine am Dienstag, den 10. September, stattfindende Sitzung der Stadtverordneten wird die Kommissionsbeschlüsse sanktionieren. Eine Abschrift der veränderten Lohnliste soll uns eingehändigt werden. Eine am Abend tagende weitere Versammlung der Kollegen beschloß, nimmere zunächst von weiteren Schritten Abstand zu nehmen und die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung abzuwarten.

Suchtbarer Tod städtischer Arbeiter in den Kanälen Breslau.

Zwei Arbeiterleben vernichtet wurden am 30. August Vormittag durch den mit einem Gewitter plötzlich hereinbrechenden wolkenbrudertigen Regenauß. Gegen 4 1/2 Uhr befanden sich Arbeiter der städtischen Stadtbauperwaltung in dem von der Rosenthalerstraße nach dem Hofplatz führenden Hauptkanal der Schwemmanalisation. Zwei von ihnen wurden durch die plötzlich in den Kanal stürzenden Regenmassen fortgerissen. Den einen gelang es, in dem Einheitsdacht an der Erdoberfläche auf dem Hofplatz aufzutreten und bewußtlos aus dem Kanal zu ziehen; der andere, namens Hertel, Föhrerstraße 5 (verheiratet, 1 Kind), ist erst am folgenden Mittag als Leiche im Kanal gefunden worden. Das gleiche grauenhafte Schicksal erreichte um dieselbe Zeit den Kanalarbeiter Weigt von der Subenstraße 22, einen 41 Jahre alten Mann und Vater von drei Kindern, der sich zur Zeit des Unwetters in dem am Schweidnitzer Stadtgraben sich hinziehenden Hauptkanal befand. Auch er ist tot und wurde erst am 2. September abends im Kanal, unterhalb der Schwedenchanze, gefunden.

Eine öffentliche Versammlung der Kanalarbeiter Breslaus fand am Sonntag im „Vergäcker“ statt, die sich mit dem Anglied in den Kanalräubern eingehend beschäftigte. Verbandssekretär Mehllein referierte. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen referierte sich eine lebhaft Diskussion. Ueber 12 Redner erörterten den Vorfall. Hervorzuheben ist besonders, daß sich alle Arbeiter beklagten, daß für sie nie der Direktor Wannovius zu sprechen sei, es sei denn bei der Entlassung. Wie erwiderte der Direktor im Arbeiterausschuß, auch sei er noch nie während seiner ganzen Dienstzeit jemals in den Kanal herabgestiegen, was nach Mitteilung zweier Arbeiter, die mit am längsten in Dienste sind, sein Vorgänger, Herr Müller, häufig getan habe. Herr Wannovius aber kennt die Kanäle nur aus der Theorie! Weiter stellte ein Vorarbeiter fest, daß seit mindestens drei Jahren die Kanäle nicht entleert seien. Auch der Laurentiuskanal mit der krümmerten 50 Zentimeter Höhe sei nicht der einzige, auch der in der Marienstraße gelegene sei nicht höher und müssen die Arbeiter direkt durch den Menschenkot sich durcharbeiten, wenn sie darin zu tun haben. Alleinig wurden die Löhne festgesetzt, welche mit 26 Pf. pro Stunde beginnen und mit 30 Pf. nach langer Dienztzeit enden. Schließlich wurde nachstehende Resolution angenommen: Die Breslauer Kanalarbeiter und Arbeiter der Pumpstation erklären sich mit den Ausführungen des Referenten, Verbandssekretär Mehllein, völlig einverstanden. Sie sind der Meinung, daß es Pflicht des Kanaldirektors Wannovius wäre, persönlich ihre Beschwerden und Wünsche entgegenzunehmen. Sie protestierten ferner über die ungenügende Zahl der vorhandenen Arbeiter und besonders gegen die schlechte Bezahlung ihrer so gefährlichen und schmutzigen Arbeit. Sie beantragen daher den Arbeiterausschuß, unverzüglich im Sinne dieser Resolution vorstellig zu werden und hoffen, daß bei dieser wichtigen Sitzung der Herr Direktor persönlich erscheinen wird.

Berlin. (Öffentliche Beleuchtung.) Am 30. August d. J. hielten die Arbeiter der öffentlichen Beleuchtung eine gut besuchte Betriebsversammlung ab, um zu dem abklingenden Verhalten der Direktion ihren Forderungen gegenüber Stellung zu nehmen. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen kann kurz folgendes konstatiert werden: In früheren Jahren wurden die Arbeiter, welche mit dem Erlass der Körper in den Straßen Berlins, und zum Teil auch der Vororte, beschäftigt waren, lange nicht so sehr mit der Arbeit überbürdet, wie es jetzt geschieht. Arbeiten, die früher zwei Mann verrichteten, werden jetzt einem übertragen. Und wehe dem, der das nicht schafft, „er fliegt“. Dieser Ausdruck ist ein oft gebrauchtes Wort im Betriebe der öffentlichen Beleuchtung. Wird jemand durch Ueberanforderung krank, dann fliegt er auch, wie z. B. die Kollegen Vohrke, Döring und Herrmann. Durch die Antreibereien auf der einen und die schlechte Entlohnung auf der anderen Seite ist der Betrieb, in dem früher die Arbeiter meistens sehr lange beschäftigt waren, jetzt zu einem Wienbau geworden, in dem die Arbeiter nur so aus und einfliegen. Um diesem unhaltbaren Zustande wenigstens etwas abzuhelfen, hatten die Arbeiter durch den Arbeiterausschuß ein paar Anträge an die Direktion gestellt. Seltige wurden aber abgelehnt, was unter den dort beschäftigten Arbeitern große Erregung hervorgerufen hat, und in der Versammlung wurden die Kräfte gar nicht mude, die immer

und immer wieder forderten, daß es nun an der Zeit ist, schärfere Mittel zu ergreifen, um diesem unhaltbaren Zustande ein Ende zu machen. Nur mit großer Mühe gelang es, eine Resolution anzunehmen, die den Arbeiterausschuß beauftragt, bevor etwas anderes unternommen wird, sich noch mit einer Eingabe an die Deputation der städtischen Gaswerke zu wenden. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß die Mandatanten zum Arbeiterausschuß, welche von unserer Seite aufgestellt waren, einstimmig gewählt worden sind, was mit Beifall aufgenommen wurde. Der Erfolg ist um so erfreulicher, weil wir vor zwei Jahren kaum die Hälfte unserer Mandatanten durchbekamen. Nach Mitteilung verschiedener Interna erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Breslau. Magistrat, Betriebsverwaltungen und städtische Arbeiter. Unsere Filiale hielt am 4. September im Saale der „Scala“ eine Versammlung ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Verbandssekretär Mehllein referierte über das Thema: „Wie der Magistrat, die unteren Betriebsverwaltungen und die Arbeiterausschüsse für die städtischen Arbeiter sorgen“. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterausschüsse nimmere ein Jahr bestehen; daß aber trotzdem noch manches zu verbessern ist, haben wir erst am Anfall im Kanal gesehen. Immerhin muß zugegeben werden, daß seit der Gründung des Verbandes sehr vieles am Orte besser geworden ist, weil gerade ein guter Teil der Forderungen, die vom Verband seit seinem Bestehen immer wieder erhoben worden sind, bewilligt worden ist. Wenn man auch vom Magistrat oft höre, daß die Verbesserungen ohne Rücksicht auf den Verband geschaffen worden seien, so müsse es doch auffallen, daß bevor der Verband in Breslau Fuß faßte, von sozialer Fürsorge für die städtischen Arbeiter so gut wie keine Rede war. — In der Diskussion brachten eine ganze Anzahl von städtischen Arbeitern bittere Beschwerden über ihre Verwaltungen vor, besonders die Vertreter der Kanalarbeiter wendeten sich zum Teil in leidenschaftlicher Weise dagegen, daß sie für ihre gefährliche Arbeit so außerordentlich schlecht bezahlt werden. Stadtliche Löhne beglückwünschten den Verband zu seinen bisherigen Erfolgen. Es sei keine Frage, daß das meiste von den Verbesserungen erst zur Tat geworden ist, seit die Gemeindegewerkschaft in der Organisation gemeinsam ihre Stimme erheben. So wird es auch in Zukunft bleiben müssen. Euergeizig in der Sache, aber anständig in der Form sollen die städtischen Arbeiter ihre Interessen vertreten, damit würden sie am ehesten etwas erreichen. Wenn heute noch eine Anzahl Unorganisirter in den Arbeiterausschüssen nicht wissen, was ihre Aufgabe sei, so stelle das den Arbeitern nur ein Amutzengnis aus. Die Schulung des Verbandes müsse so trefflich wirken, daß die Vertreter in den Arbeiterausschüssen sich bei den Behörden Abtun erwerbten und es dahin kommt, daß die Behörden am liebsten mit organisierten Arbeitern verhandeln. Schließlich gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heute, am 4. September, im großen Saale der „Scala“ tagende öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter aller Kategorien erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Verbandssekretärs Mehllein, völlig einverstanden. Mit ihm erkennen sie an, daß seit dem 1. Januar 1906 bis zur Gegenwart von seiten des hiesigen Magistrats dem Gemeindegewerkschaften und seinen von ihm gestellten Forderungen ein reicheres Entgegenkommen wie früher gezeigt worden ist. So speziell in der Gewährung der alten Verbandsforderungen in Fragen des Sommerurlaubes, Kündigungsgeldes, Arbeitszeitverlängerung usw. Die Versammelten erhoffen, daß der Magistrat auch in Zukunft denselben Weg wandeln und durch Anerkennung der Organisation und Verhandlung mit den Vertretern derselben seine soziale Einsicht beweisen wird. Andererseits aber bedauern die Versammelten, daß eine Anzahl unterer Verwaltungsbehörden die Magistratsverfügungen nicht nur nicht beachten, sondern teilweise gar nicht befolgen, wie zum Beispiel solches bei der dankenswerten Regelung der Ueberstundenbezahlung durch den Magistrat in der Gasanstalt am Leisingplatz durch den Inspektor Tourneau geschehen ist. Ebenso liegt es bei zahlreichen anderen magistratlichen Verfügungen, zum Beispiel über die Bezahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, Urlaubsfragen usw. Auch hier haben die unteren Verwaltungsbehörden anders verfahren, zum Beispiel im Marienall, der Kanalisation, der Promenade, der Straßenbahn usw. Die Versammelten erwarten, daß endlich das ihnen vom Magistrat Gewährte auch von den unteren Behörden gegeben wird. Die Arbeiterausschußvertreter werden beauftragt, in diesem Sinne in allen Betrieben vorstellig zu werden. Ebenso wird es den Ausschüssen zur Pflicht gemacht, daß in sämtlichen Betrieben die Forderung gestellt wird, daß bei allen Sitzungen des Ausschusses der Betriebsleiter anwesend ist und nicht wie heute noch in einzelnen Verwaltungen die Vertreter. Besonders ist solches bei der Kanalisation der Fall, wo bisher noch nie der Direktor Wannovius anwesend war. Schließlich erklären die Versammelten, daß sie zur Organisation — dem Gemeindegewerkschaften — durch dessen Anregung und Vertretung sie das bisher Erreichte errungen haben, nicht nur fernerhin treu halten wollen, sondern sie erklären, daß sie mit doppeltem Eifer für die weitere Ausbreitung des Verbandes sorgen wollen, um noch weitere Verbesserungen ihrer Lage zu erreichen.“ Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Wie wir hören, waren auch höhere

Betriebsbeamte im Saale anwesend. Hoffentlich werden sie aus der Versammlung die nötigen Lehren mit nach Hause genommen haben.

Breslau. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Stadtv. Löbe über „Das alte Breslau und seine Klassenkämpfe“. Der Vortrag fand allseitigen Beifall. Derauf gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Kollege Rehrle erläuterte eingehend die einzelnen Posten und kritisierte die Laubheit der Kollegen bei Bezahlung der Beiträge zum Gewerkschaftshaus. Er hob die Bedeutung eines eigenen Heims für die Breslauer Arbeiter hervor und mahnte zur Einhaltung der gefassten Beschlüsse. Auch die Kollegen Reichelt, Studt, Rohaupt und Winkler äußerten sich in ähnlichem Sinne. Nachdem die Revisoren berichtet, erfolgte Decharge des Kassierers. — Weiter besprach Kollege Rehrle in die Leistungen der Arbeiterausschüsse und machte einige Vorschläge zur Reformierung derselben bezw. besserer Ausbildung der Vertreter. Auch hier fanden diese Anregungen die Zustimmung der Versammelten. Ferner berichtete Wehrlein über die Tätigkeit der Fortbildungsgruppe und mahnte die Kollegen zum besseren Besuche. Eine sich hier anschließende längere Erörterung hatte als Ergebnis die Annahme der Vorstandsvorschläge. Nach Besprechung einiger innerer Verwaltungsfragen untergeordneter Bedeutung fand die sehr gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Elberfeld. Städtische Arbeiter und Koalitionsrecht. Ein Arbeiter des Elektrizitätswerkes ist entlassen worden, da derselbe für den Verband agitiert hat. Obgleich der Betriebsleiter Ingenieur zur Nieden dies ohne weiteres zugibt, will man den in Rede stehenden Arbeiter nicht gemahnt haben. Das alte Lied: das Koalitionsrecht wird zugestanden, doch wer davon Gebrauch macht, der fliegt. Der Fall liegt folgendermaßen: Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes schlossen sich ziemlich alle dem Gemeindearbeiterverband an. Ein Hilfsarbeiter mit Namen Kröck wurde zum Vertrauensmann bestimmt. Wahr ist nun, daß dieser Kollege außer der Dienzeit neuereintretende Arbeiter auf den Verband verwies. Er war eben gleich uns der Meinung, daß die Verechtigten Mitglieder für die Organisation zu werden, ein Bestandteil des Rechts auf Organisation darstelle. Der Betriebsleiter dachte anders. Dieser Herr legte von jeher eine unbändige Neugierde über den Stand der Organisation an den Tag. Jedemfalls um sich nach oben hin in Erinnerung zu bringen, versuchte er, den Verband zu unterdrücken. Einige feile Kreaturen, die sich dazu hergaben, Beschwerden gegen den Vertrauensmann Kr. zu führen, waren bald gefunden. Die Kündigung erfolgte, und zwar ausdrücklich wegen Agitation für den Verband. Wediglich dem Umstande, daß der Betriebsleiter die Sache recht plump anfaßt, haben wir es zu verdanken, daß ohne weiteres von einer ebenso brutalen als leichtfertigen Maßregelung eines städtischen Arbeiters gesprochen werden muß. Es kann nun nicht wundernehmen, daß der Betriebsleiter versuchte, den Kollegen Kr. als Faulenzer zu stempeln, um so nach dieser Seite hin ein Argument zur Schuldtragung zu haben. Aber auch hier zeigte man sich in keiner Weise konsequent, wie überhaupt bei der ganzen Angelegenheit Konsequenz und Logik strahlend wurden. Von dem edlen Trange befehl, Kr. unter allen Umständen los zu werden, stellte man demselben ein Zeugnis aus — das den Tatsachen entsprach. Kr. wird in demselben als fleißiger Arbeiter geschildert, es wird ihm attestiert, daß er seine Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit der Vorgesetzten ausgeführt habe. Also einmal muß der Betriebsleiter zur Nieden die Unwahrheit gesagt haben, entweder in mündlichen oder schriftlichen Zeugnis. Zu einer geordneten Rechtspflege gehört, daß man dem Angeklagten weitgehendste Gelegenheit zu seiner Verteidigung gibt. Anders in städtischen Vertrieben. Hier übt man noch das Verfahren der heiligen Jeme. Jede Kreatur kann es unternehmen, einen rechtschaffenen Arbeiter zu denunzieren, ohne befürchten zu müssen, demselben gegenübergestellt zu werden. Sein Name wird verschwiegen — er wird vergraben in den Akten — und der denunzierte Arbeiter mag sehen, wie er sich verteidigen kann. So war es auch hier. Es liegt auf der Hand, daß der Betreffende, der nach den Akten eines solchen Verfahrens ein Urteil abgeben soll, nicht genau unterrichtet sein kann. Es kommt dann Entschiede ans Tageslicht, die mit dem gesunden Rechtsempfinden des Arbeiters in diametralen Gegensatz stehen. Das mußte auch die Gaulstimmung des Gemeindearbeiterverbandes erleben, die sich im vorliegenden Falle noch in letzter Stunde an den Oberbürgermeister wandte. Dieser stellte Erhebungen an, die ergaben, daß Kr. zu Recht entlassen ist. Die „Erhebungen“ bestanden natürlich in der Einsichtnahme der Akten. Herr zur Nieden wurde faktisch Richter in eigener Sache. Im weiteren wird mitgeteilt, daß der Betriebsleiter zur Nieden eine Rüge erteilt bekommen hat, weil er infolgedessen inoffiziell verfahren ist, als er dem Kr. ein Zeugnis ausgestellt hat, das mit seiner Ueberzeugung nicht übereinstimmen konnte — wenigstens nicht nach dem Befund der Akten. Tatsächlich war Kr. ein fleißiger Arbeiter, das bezuglich der Aussagen der Obermaschinisten und Meister. Allenmäßig jedoch war Kr. ein Faulpelz, und konsequenterweise durfte Herr zur Nieden kein Zeugnis ausstellen, das nicht den Akten, sondern den Tatsachen entsprach. Weiter heißt es in dem Bescheid des Oberbürgermeisters: „Daß den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht genommen werden

joll, ist selbstverständlich; andererseits aber darf auch nicht geduldet werden, daß seitens einzelner für irgend einen Verein, mag derselbe heißen wie er will, auf dem Wert agitiert wird, und diese Agitation sogar bis zur Belästigung anderer Arbeiter getrieben wird, wie dieses im vorliegenden Falle einwandfrei festgestellt ist...“ Derauf noch näher einzugehen, dürfte sich nach dem schon Gesagten erübrigen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß der Oberbürgermeister in gutem Glauben handelte. Nicht ihm, aber dem ganzen System, nach welchem die Elberfelder städtischen Arbeiter im allgemeinen und die Arbeiter des Herrn zur Nieden im besonderen bewertet und behandelt werden, wird wiederum durch den vorliegenden Fall ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. So endet denn dieser Vorfall damit, daß der Jude verbrannt ist, Herr zur Nieden seine Rüge weg hat und im übrigen alles beim alten bleibt, mit der Maßgabe, daß der Betriebsleiter ein andermal die Geschichte etwas diplomatischer ansaßt. Den eigentlichen Zweck, den Organisationsgedanken mit dem Vertrauensmann des Verbandes aus dem Vertriebe hinausgeschoben zu haben, hat man aber nicht erreicht.

Frankfurt a. M. Am 30. August, abends 9 Uhr, tagte eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Kollege Schäfer-Köln hielt einen interessanten Vortrag über: „Die Gemeindearbeiterbewegung in Deutschland, ihre Ziele und Erfolge.“ Der Redner führte den Anwesenden ein klares Bild über die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerkschaftsbewegung im besonderen vor Augen, indem er dann auf die Entwicklung der eigenen Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dessen wichtigste Forderungen und die bisher erreichten Erfolge besprechend, überging. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. — Die Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referats. Alle Redner forderten die Kollegen auf, der Organisation beizutreten und mit aller Kraft weiter zu agitieren, damit auch in Frankfurt der Verband auf eine den Verhältnissen entsprechende Höhe kommt, um ernsthaft an die Verbesserung der Lage unserer Kollegen herantreten zu können. Radstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige, gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten zu in dem Bewußtsein, daß auch an der Lage der städtischen Arbeiter in Frankfurt noch viel Verbesserungsbedürftig ist und beauftragt die einzelnen Vertriebe, in ihren Besprechungen Kollegen zu wählen, die zu einer Lohnkommission zusammenzutreten, um eine den kulturellen Verhältnissen entsprechende Arbeitsordnung mit Lohnstufen auszuarbeiten, welche durch sämtliche Arbeiterausschüsse zur nächsten Ortsberatung eingebracht werden kann. Die Anwesenden verpflichten sich, während dieser Zeit durch rege Agitation unter den städtischen Arbeitern dieselben dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zuzuführen, denn sie erblicken in demselben die beste Vertretung ihrer Interessen.“ Nachdem mehrere Kollegen der Organisation beigetreten waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Wir wollen hoffen, daß der gute Geist, von welchem die Versammlung befehl war, weiter anhält und dazu beiträgt, daß sich die städtischen Arbeiter Frankfurts immer mehr und mehr ihrer Lage bewußt werden und sich innerhalb ihrer Organisation dem kämpfenden Proletariat anschließen!

Fürth. (Käpla laß das Naschen sein!) Dies mögen sich die Herren Hirsche und Oberhirsche von Nürnberg gesagt sein lassen. Diese Leuten glauben, den Konflikt in Nürnberg benützen zu können, um im Trüben zu fischen. Ueber die Art und Weise, wie diese Gesellschaft gegen die Interessen der Arbeiter handelt, wird nahe es im Versammlungsbericht Nürnberg zu berichten sein. Hier nur einen kleinen Beispielfall, den sich diese Sorte von „Arbeiterfreunden“ in Fürth geholt hat. Wahrscheinlich war man auf dem Bureau der Hirsche dahinter gekommen, daß in Fürth eine ziemlich gute Organisation unter den städtischen Arbeitern vorhanden ist und daß auf Grund dieser Organisation die Verhältnisse dort etwas bessere sind als in den meisten bayerischen Städten. Nun sind die D.-D. Gewerksvereine mit der alten Erblichkeit behaftet, wonach sie glauben, die Lage des Arbeiters dadurch zu einer besseren zu gestalten, daß sie uns möglichst viel Knippel zwischen die Weine werfen. So auch hier. Ganz plötzlich erhielten die städtischen Arbeiter Handzettel zu einer wichtigen Besprechung. Mittwoch, den 4. September, 1/2 9 Uhr, im Bezirke sollte die Einsingung unserer Kollegen vor sich gehen. Herr Varnholt, der besoldete Beamte, erschien 1/2 9 Uhr, kurze Zeit darauf Herr Doh-Nürnberg, zweiter Beamter, und dann noch zwei andere Agitationsmitglieder. Man begab sich 1/10 Uhr ins Vereinszimmer und wartete sehnsüchtig auf die Kommenden. 1/10 Uhr erschienen die Herren wieder. Die Besprechung war vorüber. Erschienen waren in der Besprechung Herr Varnholt, Herr Doh und zwei Agitationsmitglieder. Betrüb, wie der bekannte Loharbeiter, saßen die Herren um den Tisch herum. Und gegenüber am anderen Tisch saßen der Vorsitzende der Filiale und dieser Fehld von dem verhassten „roten“ Verbands und scheinen sich gar noch über diesen Beispielfall zu freuen. Nun, es war nichts anderes als die verdiente Antwort. Den Fürther Kollegen können wir nur unser aufrichtig gemeintes Bravo zurufen. Es ist tatsächlich eine Verleumdung unserer Kollegen in Fürth, wenn diese Herren Hirsche glauben, unsere Mitglieder liegen sich von solcher

Sorte von „Arbeiterfreunden“ am Karrenseil herumführen. Dazu sind die Führer viel zu überzeugt. Sie wissen, wenn sie das Erregene zu verdrängen haben, und wissen auch, wer ihre Interessen voll und ganz vertritt.

Kalle. In der öffentlichen Versammlung am 30. August im „Weißen Hof“ sprach Kollege Wusth-Berlin über die internationale Konferenz der Gemeindefreier in Stuttgart. In seinem Vortrage, dem die Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, schilderte er die Verhältnisse der Gemeindefreier in anderen Ländern. In der Schweiz steht die Bezahlung nach Monatslohn bevor, und die Anstellung soll so gut wie untunbar werden. Die Gemeindefreier in Holland leisten auf die Arbeiterausweise, sie verlangen unparteiische Schiedsgerichte. In Dänemark sind die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gemeindefreier, weil 90 Prozent derselben organisiert sind. — Eine einstimmig angenommene Resolution erklärte sich mit den Ausführungen des Redners, der stürmischen Beifall erntete, einverstanden und versprach, bei den Stadtverordnetenwahlen für die Wahl von Arbeitervertretern einzutreten. In seinem Schlusswort feuerte der Referent nochmals dazu an, der gewerkschaftlichen und politischen Organisation beizutreten.

Koblenz. Arbeitslöhne in den gewerblich betriebenen der Stadt. Nachdem im vorigen Jahre den Lehrern und Magistratebeamten eine Aufbesserung ihrer Gehälter zugestimmt wurde, dürfte eine Verbesserung der in den gewerblichen Unternehmungen der Stadt (Wässerwerk, Schlachthof, Elektrizitätswerk und Straßenbahn) beschäftigten Arbeiter, Geizler, Maschinen usw. am Plage sein. Es bestehen für diese Arbeitergruppen, die doch in den Kriterien drei Betrieben ziemlich gleichmäßig sind, keine bestimmten Befehlsnormen. So erhalten z. B. die Arbeiter im Schlachthof pro Woche 19 Mk. für Verdienst von 24 Stunden, betragen sie 10 Mk. extra pro Jahr; ein Schlachthofarbeiter erhält pro Woche 21,50 Mk., hat aber die Aussicht, im Jahre 216 (1. Heberstunden an den Sonntagen zu machen, die er mit 30 Pf. pro Stunde honoriert bekommt. Besonderen Aufschlag gibt es nicht für Sonnensarbeit. Der Geizler und Schlachthofarbeiter erhält 24,50 Mk. Der Wächter des Schlachthofes hat ein Einkommen von jährlich 1000 Mk., der des Rathhauses — allerdings nur in der Nacht — hat ein Jahreseinkommen von 840 Mk. Im Wässerwerk werden der Schlachthofarbeiter, der Geizler und der Rohrlagergehülfe mit 19,50 Mk. pro Woche Anfangslohn eingestellt und erhalten nach fünf Jahren eine Zulage von 1,50 Mk., also 21 Mk. Etwas besser gestellt sind Arbeiter und Geizler im Elektrizitätswerk. Hier erhalten die Arbeiter einen Wochenlohn von 24 Mk. und die Geizler einen solchen von 29,50 Mk. An der Pferdebahn, die mit dem 2. September dieses Jahres den elektrischen Betrieb eingeführt hat, erhalten Fahrer und Schaffner einen Durchschnittslohn von 21,40—21,50 Mk. pro Woche, dabei sind verschiedene Angestellte, die schon länger als 10 Jahre beschäftigt und demnach einen wohl höheren Lohn erhalten werden, so daß sich der Anfangslohn noch niedriger stellt. Die Löhne der Streckenwärter, Straßentelegraphen usw. sind bekanntlich noch niedriger. Durch die durch den elektrischen Betrieb erforderlichen Veränderungen in der Betriebsordnung ist die Arbeitszeit für das Fahrpersonal jetzt auf 12 Stunden festgesetzt (bisher hat sie in diesem städtischen Betrieb mitunter 17 Stunden betragen). Lokalfahrer machen nun natürlich ein großes Geschrei, wie günstig diese Arbeitszeit ist, da doch in dem Nebenbahngesetz für den Betrieb nach Reichsamer Verhältnissen eine solche bis zu 13 Stunden zugelassen ist. — In allen Betrieben werden zu Weihnachten besondere Gratifikationen verteilt, die aber auch wiederum in den einzelnen Betrieben mitunter sogar sehr verschieden sind. Offenbar wird für diese Arbeitergruppen in dem nächstjährigen Etat eine Aufbesserung ihrer Löhne vorgezogen.

Stendal und Mathenow. Diese beiden Städte zählen je reichlich 23 000 Einwohner. Sie können somit schon zu den mittleren Städten gerechnet werden. Trotzdem sieht es aber in bezug auf Arbeiterfürsorge für unsere Kollegen noch recht traurig aus. Erholungsurlaub, Kube-lohn usw. sowie Aufschlag zum Krankengeld wird den Arbeitern nicht gewährt. Und doch bestehen diese ganz selbstverständlichen Einrichtungen schon in einer ganzen Anzahl von Städten. Krankengeld erhalten die Arbeiter in Stendal 10,50 Mk. und die Arbeiter in Mathenow erhalten 9,00 Mk. pro Woche. Eine Unterernährung, die doch wahrlich für einen gesunden Menschen zum Leben zu gering ist, viel weniger dazu angetan sein kann, Kranke gesund zu machen. Dazu kommt nun noch der horrenden Lohn, der in der Stendaler Gasanstalt für die Gasarbeiter 30, für die Innenbetriebsarbeiter 32 und für die Kohlenarbeiter in Afford bis 60 Pf. pro Stunde beträgt. Wollen aber letztere den Stundenlohn von 60 Pf. verdienen, so müssen sie alle ihre Kräfte bis aufs äußerste anstrengen. Außenbetriebsarbeiter erhalten ebenfalls nur pro Stunde 30 Pf. Zulagen gibt es für diese angeführten Kategorien nicht. Es ist dies also ein Lohn, der tatsächlich einer baldigen, radikalen Verbesserung bedarf. Die Arbeitszeit beträgt für Gasarbeiter inklusive der Pausen 12 Stunden. Demnach ist für sie das Dreißichtensystem noch nicht eingeführt. In Mathenow ist das Arbeitsverhältnis ähnlich, nur mit dem Unterschiede, daß diese Arbeiter alle 14 Tage 24 Stunden Ruhe haben. Der Lohn beträgt für Gasarbeiter 35, für Gasarbeiter 38 und für die In-kallateure 35—38 Pf. pro Stunde. Die Stadtarbeiter erhalten

bei einer 10stündigen Arbeitszeit 33 Pf. stündlich. Vollkräftige Straßenreiner sind in beiden Städten nicht zu verzeichnen. Es kommen hier nur Halb- und Ganzinvaliden in Frage. Daß diese alten, verbrauchten Arbeiter nicht für genügende Reinlichkeit sorgen können, versteht sich am Rande. In hygienischer Beziehung wäre es daher wohl angebracht, wenn man für derartige Arbeiten auch ältere Arbeiter beschäftigen würde. Fragt man sich, wie es möglich ist, daß den in Frage kommenden Arbeitern so niedrige Löhne und in fürsorglicher Hinsicht so gut wie gar keine sozialpolitischen Einrichtungen gewährt werden, dann kann es nur eine Antwort geben: „Diese Städte sind in bezug auf Arbeiterfürsorge noch zu rückständig.“ Es wäre nun Pflicht der Arbeiter, die Stadtverwaltungen zu einem schnelleren Tempo, zur Verbesserung ihrer Lage zu bewegen. Aber weit gefehlt! Die Arbeiter buldigen lieber dem Patriotismus und geben den Arbeiterorganisationen weit aus dem Wege. Dafür schließen sie sich natürlich lieber dem Kriegerverein oder der Schützengilde an. Hier schwindet das mühsam freibeworbene Geiß, den sie eventuell noch trotz ihrer Ausbeutung behalten haben, gänzlich. Es ist daher auch gar kein Wunder, wenn diese Arbeiter nichts Besseres zu tun wissen, als sich gegenseitig zu verdammen und sich feindlich gesonnen sind. Wollen die Arbeiter, daß mit allen diesen Dingen endlich einmal aufgeräumt wird, dann kann es für sie gar kein anderes Lösungswort geben als das: Sinein in die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Nur diese ist in der Lage, für sie eine bessere Zukunft zu erlangen.

Stettin. Am 1. September fand bei Suchholz, Meerstr. 3/4, eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Zur Beipredung fanden die Forderungen der städtischen Arbeiter und die Beschlüsse des Stadtverordnetenkollegiums. Der Referent, Kollege Kiedel-Berlin, kritisierte in scharfer Weise den Verteilungsmodus der diesjährigen Gehaltserhebungen der städtischen Beamten und der Lohnzulagen der städtischen Arbeiter, da letztere in keinem vernünftigen Verhältnis zu ersteren ständen. Ueberhaupt zeuge die ganze Behandlung, welche man den Forderungen der Arbeiter im Parlament angedeihen ließ, von wenig Verständnis für sozialpolitische Einrichtungen. Als Großstadt marschiere Stettin mit an letzter Stelle. Nachdem noch die Pensionsverhältnisse und die Urlaubsbewilligung der städtischen Arbeiter beleuchtet, sowie die soziale Lage der deutschen städtischen Arbeiter überhaupt gekennzeichnet worden war, empfahl Redner als bestes Mittel zur Erreichung des Zweckes eine Agitation für die Organisation sowie kräftige Unterstützung der zuständigen Vertreter im Stadtparlament.

Internationale Rundschau.

Internationale Gewerkschaftskongresse. In Verbindung mit dem Internationalen Arbeiterkongress fanden eine Anzahl internationaler Gewerkschaftskongresse statt, von denen wir nur registrierend Notiz nehmen können. Die Tabakarbeiter behandeln besonders die internationale Regelung der Mitgliedsrechte sowie die Streikunterstützung. Letztere soll auf einem späteren Kongress definitiv geregelt werden. Ein internationaler Sekretariat bleibt Belgien. — Bei den Holzarbeitern waren 12 Nationen durch 27 Delegierte vertreten. Hier ist bereits eine umfangreiche Regelung von Unterabteilungen, Statuten usw. erzielt. Das Sekretariat ist in Deutschland. — Die Schuhmacher waren aus 9 Nationen zusammengekommen. Man sprach sich eingehend über die verschiedenen Differenzen für einheitliche sozialpolitische Zentralorganisationen aus. Das Sekretariat wurde nach Nürnberg bestimmt. — Die Maurer waren aus 13 Ländern zusammengekommen, die insgesamt 428 033 Mitglieder vertreten. Es wurde u. a. ein internationaler Kartellvertrag beschlossen. Das Sekretariat wurde nach Hamburg bestimmt. — Die Handelsangestellten tagten gleichfalls in Stuttgart. Hier waren nur 5 Nationen vertreten. — Die Friseurarbeiter hatten für die Idee der zentralen Einheitsorganisation ein. — Die Wäcker, Konditoren usw. hatten ihre erste internationale Konferenz. Es nahmen 7 Nationen teil, die 41 100 Mitglieder vertraten. Es wurde besonders auch für gegenseitigen Schutz im Wäckergerber eingetreten. Ein internationales Sekretariat mit dem Sitz in Hamburg wurde beschlossen. — Die Friseurer tagten gleichfalls zum erstenmal. Es wurden eine Anzahl Forderungen aufgestellt. Die Abschaffung des Trinkgeldes soll in allen Ländern propagiert werden. Das neugegründete Sekretariat nimmt seinen Sitz in Hamburg. — Alle diese Tagungen bedeuten zweifellos einen erneuten Fortschritt in der gewerkschaftlichen Aktion. Vor allem werden sich durch diese Tagungen allmählich einheitliche Organisationsprinzipien durchdringen, die weniger auf phantastische Theorien als vielmehr auf praktische Erfahrungen aufgebaut sind. Ob freilich dabei die „direkte Aktion“, „Sabotage“ und dergl. noch als Kampfmittel bestehen bleiben, erscheint überaus fraglich. Und das ist auch gut so!

Amerika. Ein Verband der Staats- und Gemeindefreier wurde im Mai d. J. in Boston gegründet; vorläufig erstreckt er seine Wirksamkeit bloß auf das Gebiet des Staates Massachusetts.

Belgien. Ein internationaler Metallarbeiterkongress fand am 12. August und die folgenden Tage in Brüssel statt. Nach einer Antialkoholdebatte, die mit Ablehnung einer Resolution endete, weil man die Antialkoholfrage nicht in die Gewerkschaftsbewegung hineinziehen wollte, wurde die Frage des Generalstreiks behandelt, über die der Franzose Lapapie referierte. Seine Darlegungen fanden jedoch bei dem Kongress so wenig Anklang, daß er seine Resolution schließlich nur als Anregung aufgefäht wissen wollte, seine Resolution sollte nur dem Protokoll als unverbindliches Material zum Studium eingefügt werden. Der Kongress hält aber eine Abstimmung in dieser Frage für angebracht und lehnte die Resolution gegen die Stimmen der Franzosen ab. Dann gab der internationale Sekretär Schilde seinen Bericht, an dem sich eine ausgedehnte Debatte schloß. Weiter wurde die Schaffung eines Gegenleistungsverhältnisses zwischen allen dem Bunde angeschlossenen Organisationen beschlossen, das sich erstrecken soll auf 1. die Erhaltung der Mitgliedschaft im Auslande; 2. Erhaltung der Rechte auf Unterstützungen im Auslande; 3. gegenseitige Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen, die die Mittel der Landesorganisationen in außerordentlichem Maße erfordern.

England. Der 40. Jahreskongress der britischen Trades-Unions ist am 2. September in Bath eröffnet worden. Der Kongress ist stärker besucht als alle seine Vorgänger; es sind 21 Delegationen anwesend, die insgesamt 1700 000 Mitglieder vertreten. Im Vorjahre vertraten 491 Delegierte 1 554 000 Mitglieder und im Jahre 1905 waren es 458 Delegierte, die 1 562 000 Mitglieder vertraten. Unter den Delegierten befinden sich 34 Parlamentsmitglieder, 4 mehr als im Vorjahre; außerdem 26 Friedensrichter, 17 Gemeinderäte und 3 Aldermen. Unter den Gewerkschaften, die das erste Mal Vertreter entsenden, befindet sich die der Artisten. Am Abend des Eröffnungstages fand das Jahresmeeting der Gasarbeitergewerkschaft statt. Es war nicht gelungen, für diese Versammlung, in welcher die Gräfin Warwick sprach, ein geeignetes Lokal zu finden und man war gezwungen, in einem Park zu tagen. Lady Warwick sprach über den minderjährigen und Ferkel dabei, daß jegliche Minderarbeit verboten bleiben müsse, solange bis nicht die ganze Armee der Arbeitslosen Beschäftigung gefunden hat. Den Trades Unions verleihe die Verantwortung für das physische und moralische Wohlbefinden der zukünftigen Geschlechter. — Der Bürgermeister von Bath bewillkommnete den Kongress der Arbeiter, wie das in England ganz selbstverständlich ist. Jedoch geschieht das Willkommen hier in dieser feierlichen Redeart, wo fast jede Industrie fehlt, weniger herzlich als das in den Vorjahren alljährlich der Fall gewesen war. Einer der wichtigsten Punkte, über den der Kongress zu verhandeln hat, ist die Frage der Altersversicherung. Der Bericht des parlamentarischen Komitees sagt hierüber: „Für diejenigen Menschen, welche ihren Lebenslauf mit einem vollen Maße von Mühen beginnen, die am Ende ihres Lebens über ein umfangreiches Pantant haben verfügen, hat die Alterspension keinerlei Interesse. Andere aber werden in Not und Elend geboren, und nach einem lebenslänglichen Kampf für ihr täglich Brot eiden sie ihre Tage schließlich im Arbeitsdau. Diese Männer und Frauen, die sich durch ihrer Hände Arbeit durchs Leben schlagen, sind eines Gesellschaftszustandes müde, wie der gegenwärtige, der ihnen ein Leben bietet voller Arbeit und Not in ihren alten Tagen.“ ... Es wird dann weiter betont, daß im Herbst von Seiten der organisierten Arbeiterschaft ein energischer Kampf um die Erringung eines Alterspensionsgesetzes zu beginnen sei.

Rußland. (Passive Resistenz.) Auf der Station Wilna der Warschauer Bahn herrscht seit dem 19. Juli unter den Waggonloppern ein „italienischer Streik“. Durch die peinliche Befolgung aller Anweisungen wird der Zugverkehr außerordentlich gehemmt. Die Streikenden stellen die Forderung auf, daß zwei ihrer in den ersten Streiktagen verhafteten Kollegen freigelassen werden. Ferner verlangen sie Lohnserhöhung um 30 Prozent, die Abschaffung von Geldstrafen, Gewährung einer lebenslänglichen Pension und Einsetzung einer Schiedskommission zur Schlichtung der Differenzen mit der Bahnenverwaltung. — Auf der Lodzer Fabrikfabrikbahn ist am 28. August ein ähnlicher Streik ausgebrochen, an dem alle modernen Anlagen teilnehmen. Derweilen ist der Streik durch die Nichterfüllung einer Reihe ökonomischer Forderungen, die von den Angestellten an die Bahnenverwaltung gestellt wurden. Da der Verkehr infolge des Streiks fast gänzlich ist, beschließt die Administration, gegen die Streikenden „energisch“ vorzugehen.

Schweiz. Versicherung für häusliche Arbeiter und Angestellte. Neben die Alters- und Invaliditätsversicherung stabiler Arbeiter und Angestellter wird am diesjährigen schweizerischen Städtetag in Schwabhausen Herr Zoller referieren. Wie das „Schaffhauser Intelligenzblatt“ mitteilt, gelangt Herr Zoller zu folgenden Schlussfolgerungen: „Die Gemeinde hat die Pflicht, diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche ihre ganze Arbeitskraft dem Dienste des Gemeinweins gewidmet haben, im Alter und für den Fall von Invalidität vor Not und Mangel zu schützen. Diese Fürsorge beruht so sehr auf dem Gerechtigkeit- und Billigkeitsgefühl, von welchem jedes Gemein-

wesen getragen und durchdrungen sein soll, daß ihre gesetzliche Ordnung immer mehr zur Pflicht wird. In den Städten konzentriert sich eine solche Fülle von Arbeitskraft, Intelligenz und Kapital, daß die Lösung der wichtigsten sozialpolitischen Fragen ihnen zugemutet werden darf. Die Städte werden immer mehr der Sammelplatz eines Proletariates von Arbeitern und Angestellten, die von der Hand in den Mund zu leben gezwungen sind. Diesen dazu zu verhelfen, daß auch sie mit einiger Veruhigung an ihr Alter und an das Schicksal ihrer Angehörigen denken können, liegt im wohlverstandenen Interesse der Städte selbst. Ihr Vorgehen wird für die privaten Arbeitgeber ein Ansporn zur Nachahmung sein. Die Alters- und Invalidenversicherung, womöglich verbunden mit der Witwen- und Waisenfürsorge, ist ein dringend notwendiges Mittel für den sozialen Ausgleich, den wir zur Gesundung unseres Staates herbeiführen müssen.“ — Was es mit „sozialem Ausgleich“ auf sich hat, lassen wir dahingestellt. Immerhin klingen diese Ausführungen wesentlich anders als wir es von der großen Mehrzahl der deutschen Stadträte zu hören gewohnt sind!

Rundschau.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und wir. Lynkeus macht in der letzten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ seinem enttäuschten Herzen über die Arbeiterkongresse Luft, indem er von dem „trostlosen Mautiermaterialismus“ spricht, der dort gepflogen werde. Die Furcht, daß auch nur ein Quentchen vom Unternehmerprofit geschmälert werden könne, ditiert dem Schreiber die gehässigsten Invektiven in die Feder. Aber hören wir ihn einmal über unsere internationale Gemeindegewerkschaften zeternd: „In Stuttgart haben die Arbeiter öffentlicher Betriebe getagt, und auch hier war nichts anderes zu hören, als das heißungrige Geschrei nach höheren Einkommen, als die Debatte darüber, wie man die Gemeinde- und Staatsbetriebe zwickeln und zwingen könne, sich den Forderungen der Arbeiter zu unterwerfen. Nirgends ein Wortchen von der Hebung des Standes, nirgends ein Wortchen davon, daß mit den gesteigerten Einnahmen eigentlich auch die Leistungen steigen sollen! Nirgends ein Wortchen davon, daß die Organisationen der Arbeiter noch etwas anderes zu bedeuten hätten, als das Mittel zum Kampf um die der Gesellschaft zu entziehende Leute! Wo ist die geistige und sittliche Debung, die der Arbeiterschaft durch ihre Verbandstätigkeit geschafft werden soll? Wie viele von den Millionen, mit denen jahraus, jahrein die Gewerkschaften gespeist werden, kommen den in der Theorie so hoch gepriesenen Kulturzwecken zugute? Nichts, nicht ein roter Heller darf anders verwendet werden, als zum Kampf um rein wirtschaftliche, grob materialistische Güter oder allenfalls zur politischen Propaganda!“ — Pums! So malt sich in diesem Menschenkopfe die Welt! Woher aber diese Bitterheit stammt, ist schwer ersichtlich, denn die Tagespresse brachte bis jetzt nur unsere Resolutionen, die eine Sicherstellung des Koalitionsrechts, gegenseitigen Austausch des statistischen Materials über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes verlangen. Aber was kann man schließlich von der „Arbeitgeber-Zeitung“ anderes erwarten? Weil es ihr Bestreben ist, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter so niedrig wie möglich zu gestalten, wittert sie in ihrer Kurzsichtigkeit allüberall egoistisch-materielle Motive bei ihren wirtschaftlichen Gegnern. Wir würden noch Festigung unserer stenographischen Protokolle der „Arbeitgeber-Zeitung“ gern mit einem Aufklärungsprogramm dienen, wenn wir nicht die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß hier Doppen und Salz verloren sind!

Rikstände auf dem Berliner Schlachthof? Durch Verfügung des Polizeipräsidenten, die auf einem Erlaße des Ministers für Handel und Gewerbe beruht, ist, wie die „N. N. Ztg.“ meldet, die Schließung der Reptomwerke auf dem Schlachthof angeordnet worden. Mehrere Polizeiposten sollen eine abermalige verordnungswidrige Weiterführung des Betriebes verhindern. Dem Magistrat ist aufgegeben worden, für Reinigung des sich nun massenhaft anammelnden Flutes Sorge zu tragen.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland. Das zweite Quartal des Jahres 1907 ist nach den schon veröffentlichten vorläufigen Zahlen ein an Arbeitskämpfen sehr reiches gewesen. Während von Januar April 248 Streiks neu ausbrachen, 293 beendet wurden, betragen die entsprechenden Zahlen April Juli 642 bzw. 761. Entsprechend ist die Zahl der Aussperrungen gestiegen. Im zweiten Quartal brachen neu aus 65 und wurden beendet 120. Am befristeten wurde das Berggewerbe von Arbeitskämpfen in Mitleidenschaft gezogen, 23 Streiks und Aussperrungen brachen neu aus, 29 wurden beendet. Die Hochzahl der an letzteren beteiligten Arbeiter betrug 19 147. Die Industrie der Steine und Erden stand bezüglich Streikhäufigkeit mit 77 neu ausgebrochenen, 91 beendeten Ausständen, an denen 6522 Personen beteiligt waren, an zweiter Stelle. Die Metallbearbeitungsindustrie, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, das Ber-

Lehrsgewerbe und das Bekleidungs-gewerbe, in welchem Aus-sperrungen besonders häufig waren, folgen. Die 761 beendeten Streiks erstreckten sich insgesamt auf 5762 Betriebe (1. Quartal 1925), von denen 1535 (27%) völlig still gelegt wurden. Die Höchst-zahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 60 776 (19. 6. 11), die der gezwungen Feiernden 2945 (14. 03). Während im Anfang des Jahres 1907 die Wehrzahl der Streiks erfolglos verlief, war sie vom Frühjahr ab von teilweisem Erfolg (in 320 Fällen) be-gleitet. 160 Streiks hatten vollen, 281 keinen Erfolg. Die 120 Aus-sperrungen betrafen 2815 (24%) Betriebe, von denen 343 (18) völlig zum Stillstand kamen. Die Höchstzahl der Ausgesperrten be-trug 33 549 (24. 9), der gezwungen Feiernden 415 (22).

Zur Klarstellung. Wie wir aus einem Schöneberger Bericht im „Vorwärts“ ersehen, ist der von uns in Nr. 34 der „Gewerkschaft“ wiedergegebene Artikel Stier-Somlos im „Reform-blatt für Arbeiterverbände“ seitens des Stadtverordneten Dr. Freund benutzt worden, um für die Errichtung einer Betriebskrankenkasse in Schöneberg einzutreten. Wir haben zwar in dem betreffenden Auszug unsere von dem betreffenden Artikel abweichende Auffassung kurz angedeutet, da wir aber seitens der Ortsverwaltung Berlin um Stellungnahme ersucht worden sind, stehen wir nicht an, noch einmal besonders zu erklären, daß wir die bezüglich Auffassungen Stier-Somlos nicht teilen. Wir hielten es für zweckmäßig, die betreffenden Auslassungen zu bringen, da wir zahlreiche städtische Betriebskrankenkassen haben, über deren problematischen Wert gegenüber den Krankenkassen wir uns bereits vor Jahren besonders in der Berliner Filiale geäußert haben. Unsere Stellungnahme ist übrigens in Nr. 18 der „Gewerk-schaft“ vom 12. April d. J. im Programmartikel auf das aus-führlichste begründet. Auch darum erübrigt uns ein weiteres Ein-geben auf die Darlegungen Stiers-Somlos überflüssig.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 48 des 25. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Villy Braun. Verlag: Berlin N.W. 6. Charlostr. 3. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., 3. Jahrgang. Heft 10.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München. Geneshefte. 4. Nr. 18. Preis pro Nummer 10 Pf.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Ziebfum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Lindenstraße 69 Nr. 36 und 37. Vierteljährlich nur 2,50 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Wut und Eisen. Das unter diesem Titel im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Lieferungs-werk behandelt in populärwissenschaftlicher Weise Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit. Aus ältester Zeit, aus den Kämpfen der alten Ägypter, der Römer, der alten Deutschen, aus den Kämpfen im Mittelalter und denen der Neuzeit führt der Verfasser die wichtigsten Epochen vor und zeigt an der Hand der Geschichte die Unsinngkeit des heutigen Militarismus.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Fünfte, vervollständigte Auflage. Mit einem Vorwort von M. Kautsk. 1 M., Agitationsausgabe 40 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Diese Arbeit, vielleicht die beste Engels, sind drei Kapitel aus dem „Anti-Dühring“, der vor nunmehr 30 Jahren zuerst veröffentlicht wurde. Jedenfalls ist sie eine der besten Propagandaschriften des Sozialismus, die auch heute noch, trotz der vielfach veränderten Verhältnisse, frisch und lebendig wirkt.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichs-tage: I. Hebel. Die parlamentarische Tätig-keit des Deutschen Reichstages von der Landtag und die Sozialdemokratie von 1871-1871. Preis 60 Pf. Verlag: Vorwärts-Buchhandlung.

Ignaz Auer's Lebensbild bildet den Inhalt einer Broschüre, die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen ist und Ed. Bernstein zum Verfasser hat. In seinem Vorwort sagt Bernstein: „Dem aus der Schicht der Armen hervorgegangenen treuen Kämpfers der Armen, dem genialen, durch Selbstbildung im Kampf des Lebens zu einem der größten Politiker seiner Klasse emporge-stiegenen Arbeiter, dem weitherzigen und klarsichtigen Führer der deutschen Sozialdemokratie, dem leuchtenden Vorbild uner-schütterlicher Festigkeit im Denken und Handeln soll diese Schrift einen Denkstein setzen.“ Der Preis für die mit einem vorzüglich ausgeführten Porträt Auer's und mit mehreren Abbildungen illustrierten Broschüre beträgt 50 Pf., eine Ausgabe auf gutem Papier kostet 1 M.

Verbandstell.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Durch Beschluß des letzten Verbandstages erfolgt mit dem 1. Oktober d. J. die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Gleichzeitig kommen mit dem 1. Oktober für alle Mit-glieder neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe. In die alten Bücher sind nur Marken bis zur 39. Woche zu kleben; das Weiterkleben hat in den neuen Büchern zu geschehen. Die Aus-bändigung des neuen Buches soll erst erfolgen, wenn im alten Buch die Beiträge bis zum vorgeannten Datum entrichtet sind. Mit der Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher muß auch gleichzeitig eine Uebertragung der bisher gezahlten Beiträge in die im neuen Buch vorgesehene Rubrik vorgenommen werden. Zweck Ausfertigung der neuen Bücher haben die Filialleitungen die alten Mitglieds-bücher einzufordern.

Ferner findet mit dem 1. Oktober die Ausgabe neuer Marken statt. Die alten, jetzt gebräuchlichen sind solange zu verwenden, bis das Mitglied bis Ende September seine Beiträge entrichtet hat. Im neuen Buch dürfen nur neue Marken Ver-wendung finden.

Um eine glatte Erledigung zu ermöglichen, ersuchen wir, etwaige Beitragreste baldmöglichst zu begleichen.

Für den Verbands-Vorstand: D. R i e d e l.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Burmeister, Südk Friedrich Reiz, Magdeburg
† 4. August 1907 im Alter von † 28. August 1907 im Alter von
50 Jahren. 54 Jahren.

Waldemar Pabold, Berlin Rudolf Schirsmann,
† 22. August 1907 im Alter von † 29. August 1907 im Alter von
28 Jahren. 55 Jahren.

Franz Johann Hermeling, Ernst Ludw. Lash, Chemnitz
† 25. August 1907 im Alter von † 30. August 1907 im Alter von
30 Jahren. 76 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Filiale Groß-Berlin!

Montag, den 16. September, 8^{1/2} Uhr,
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21

Ausserordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen.
2. Bericht über die Internationale Konferenz in Stuttgart.
3. Ergänzung: a) ein Mitglied zur Ortsverwaltung, b) ein Mitglied zur Kommission.
4. Antrag Umlader, Volenze, Schabel, betreffend Teilnahme an den Sitzungen der Ortsverwaltung

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!!

Laut Beschluß der erweiterten Verwaltung sind die Mit-gliedsbücher vor jeder Filialversammlung den Mitgliedern ohne weiteres auszuhändigen.

Sonnabend, den 12. Oktober 1907,
in der Brauerei „Friedrichshain“

IV. Stiftungs-Fest

Instrumental- u. Vokal-Konzert
Berliner Ulk-Crio :: Fest-Ball

Eintrittskarten à 30 Pf. geben in diesen Tagen den Ver-trauensleuten zu. Das Programm ist ein vorzügliches, so daß wir der Kollegenchaft nur dringend den Besuch dieses unseres schönsten Festes empfehlen können. Die Ortsverwaltung.